

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46,
fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Dienstag, den 3. Dezember 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zwischen Kreuz und Halbmond.

Von allen Seiten kommen Mitteilungen über Grausamkeiten der verbündeten Armeen, die ausgezogen waren, um im Namen des Christentums und der Zivilisation die Völker des Balkans vom türkischen Joch zu befreien. Der Krieg hat die Bestie im Menschen entfesselt. Aber das allein ist es nicht. Von vornherein beruhte das Ganze auf Lug und Trug.

Die Völkerschaften der eroberten Gebiete, diese angeblich befreiten Christen, sie sind ja in der Mehrzahl gar keine Christen, sie sind Muselmanen. Es werden in Mazedonien rund drei Millionen Einwohner gezählt, darunter 1.367.000 Muselmanen. Daß die Albaner in erdrückender Mehrheit Muselmanen sind, ist allgemein bekannt, desgleichen, daß im Bilayet Adrianopel die Türken das Groß der Bevölkerung ausmachen. Geht man auf kleinere administrative Gliederungen ein, so erhält man noch überraschendere Resultate. Im Bilayet Kossowo z. B., auf das die Serben ein historisches Recht zu haben glauben, wohnen nach der letzten Zählung 1.314.449 Personen, darunter 829.756 Muselmanen, 246.528 Serben, 204.021 Bulgaren. Die Muselmanen bilden über 64 Prozent der Bevölkerung, die Serben 19 Prozent.

Die Vertreter der christlichen Zivilisation möchten nun diese muselmanische Bevölkerung am liebsten überhaupt loswerden. Wenn es ginge, so würden sie die Muselmanen einfach mit Stumpf und Stiel ausröten. Aber dieser Massenmord erfordert denn doch zuviel Zeit, um angesichts der Völker Europas gründlich ausgeführt werden zu können. Dezimiert wird die Bevölkerung durch Dolch, Flinte und Brandschloß, durch Seuchen und andere Krankheiten sicher. Den Rest aber möchte man aus dem Lande herausdrängen. Man hofft, daß die blutige Arbeit, die an dem einen Zehntel verrichtet wird, die anderen mit Schrecken erfüllen werde, so daß sie das Land verlassen werden. Man will sie vom Lande verjagen, um sich selbst in den Besitz des Landes zu setzen. Das ist es, was in der Brust jedes christlichen Bauern schlummert, der in diesen Krieg auszog, in seinem Gehirne zuft, wenn seine Hand Frauen und Kinder mordet! Das ist der „Volkscharakter“ dieses Krieges. Und doch werden die Bauern betrogen: sie arbeiten nicht für sich, sie arbeiten für die Hypothekbank; nicht zu einem neuen Bauernwohlstand führt dieser Krieg, er führt zu neuen Steuern, zum Ruin des Bauerntums, zum Triumph des Kapitalismus.

Was aber die blutige Arbeit des Krieges anbetrißt, so zeigen die muselmanischen Bauernflüchtlinge, die Muhadschire, die bereits nach Hunderttausenden zählen, wie richtig die Rechnung. Ich fragte die Leute aus, ob sie nicht, wenn der Krieg zu Ende sein wird, zurückkehren gedenken, selbst wenn das Land bulgarisch werden sollte. Einige schwankten, die meisten aber sagten: nein, das sei unmöglich. „Das können wir nicht. Wir fürchten nicht die Soldaten, wir fürchten unsere eigenen Nachbarn, die bulgarischen Bauern. Sie werden uns das Leben unmöglich machen.“ Diese bulgarischen Nachbarn müssen schon jetzt eine hübsche Beute gemacht haben. Denn die Flüchtlinge konnten nur das wenigste mitnehmen. „Die Reichen“ — so erzählt einer — „nahmen ihr Geld und fuhren mit der Eisenbahn weg, verließen ihr Vieh und ihr Vermögen. Denn die reichen Leute können nicht zwanzig Tage unterwegs mit dem Vieh sein. Ich und mein Bruder wir brachten 22 Tage bis Konstantinopel. Mein Bruder nahm die Schafe, 300 Stück, ich nahm die Ochsen und ging mit der Familie. Unterwegs verloren wir uns und erst hier in Konstantinopel trafen wir uns wieder. Von 300 Schafen hat mein Bruder bloß 60 mitgebracht.“ — „Wo sind denn die anderen geblieben?“ — „Ein Teil verlor sich unterwegs, die anderen wurden geraubt, von anderen Muhadschiren oder von den Soldaten mit Gewalt weggenommen, es litten ja alle Hunger unterwegs.“ — „Wie ist es denn mit dem anderen Vieh?“ — „Hier Ochsen habe ich mit, die Kühe und überhaupt alles Vieh, das auf der Weide war, konnte nicht mitgenommen werden. Die Speicher voll Getreide sind gelieben. Wir konnten ja kaum soviel mitnehmen, als wir zum Lebensunterhalt brauchten.“ Das alles wurde offenbar Beute der christlichen Bauern, womit nicht gesagt werden soll, daß nicht andere Leute aus dem Eigentum und dem Glend der Muhadschire Kapital für sich zu schlagen wußten. Hier in Konstantinopel z. B. werden die Muhadschire schon meilenweit vor der Stadt von Händlern, muselmanischen wie christlichen und jüdischen, abgefangen. Sie erzählen uns — klagen die Muhadschire — fürchterliche Dinge von Stambul, daß hier die Untertanen unerschwinglich gemorden sind, daß es kein

Stroh mehr gibt, und da viele überhaupt kein Geld mit haben, so kauft man ihnen das Vieh zum halben Preise ab.“

So wird Ordnung gemacht. So wird von allen Seiten gearbeitet zum Schutz der Nation, der Religion und nicht minder des Eigentums.

Da wir schon einmal beim Kapitel vom Bauernpatriotismus und Bauernreligiosität angelangt sind, so möge noch ein anderes bezeichnendes Dokument angeführt werden. Im armenischen Ban gab es eine Demonstration gegen die Kurdenbedrückung. 2000 armenische Bauern kamen zusammen. Sie faßten Beschlüsse, in denen Abhilfe verlangt wird, und schickten an die armenische hohe Priesterschaft eine Adresse ab. In der letzteren erklärten sie: wenn es nicht anders werde, so wollen wir die Untertanenschaft eines anderen Staats annehmen (gemeint ist Rußland) und wir wollen auch unsere Religion wechseln!

Nun komme man noch und sage, es seien die religiösen Gefühle, die die Welt dirigieren!

Parvus.

Die Waffenstillstandsverhandlungen

sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Als Grund wird von der einen Seite angegeben, daß die Griechen und Montenegriner im letzten Augenblick die Uebergabe von Jamua und Skutari gefordert haben, während andererseits behauptet wird, daß die Zustimmung Serbiens, Griechenlands und Montenegros noch ausstehe. Auch andere Versionen werden verbreitet. — Gestern sind die Verhandlungen wieder aufgenommen worden.

Halbamtlich wird berichtet, die Friedensbedingungen, die die Türkei vorschlägt, seien folgende: Griechenland erhält Epirus, Serbien erhält Mt-Serbien mit Novibazar, Bulgarien einen Teil von Thrazien bis zu einer Grenzlinie, die von Midia am Schwarzen Meer nach Debeagatsch am Megäischen Meer geht und Adrianopel ausschließt. Mazedonien würde mit Saloniki als Hauptstadt autonom werden, ebenso Albanien ohne das an Montenegro abzutretende Stück. Beide autonome Provinzen würden unter die unmittelbare Souveränität der Balkanstaaten gestellt werden. Diesen letzteren würde auch die Türkei angehören, die nach dem Friedensvertrage dem Balkanbunde beitreten würde.

In Saloniki sind nach einer amtlichen griechischen Feststellung 25.000 türkische Soldaten und 1000 Offiziere gefangen genommen worden, ferner 70 Kanonen, 30 Maschinengewehre, 1200 Pferde, 800 Lasttiere und 75.000 Gewehre erbeutet.

Ein griechisches Kanonenboot ist gestern in Salonika angekommen. Es eröffnete sofort ein Bombardement gegen die Schutzhütte für das Anterseekabel. Die Beschädigung war jedoch unwirksam. Es gelang dem Kanonenboot nicht, das Kabel zu unterbrechen. Die Bevölkerung betrachtet die Beschädigung übereinstimmend als einen Protest gegen die Erklärung der Unabhängigkeit und Neutralität Albaniens und verhält sich ruhig, obwohl sie erregt ist.

Der Agence Havas wird aus Saloniki gemeldet: Die Meldung, daß die serbische Armee einem serbisch-bulgarischen Abkommen entsprechend Monastir geräumt und den Bulgaren übergeben habe, rief in den griechischen Kreisen großen Eindruck hervor. Eine amtliche Mitteilung erklärt die Behauptung, Griechenland habe entsprechend einem griechisch-bulgarischen Abkommen zugegeben, daß Saloniki außerhalb seiner Zone bleibe, als unrichtig.

Die „Times“ meldet aus Cetinje: Nachrichten aus Quellen, die keiner antiserbischen Tendenz verdächtig sind, bestätigen bedauerlicherweise die Gerüchte über die Härte der Repressalien, die die serbische Nachhut gegen die Albaner ergriffen hätte und die, wie es heißt, während des Marsches zum Adriatischen Meere vorkamen. Die „Times“ meldet ferner aus Saloniki: Mazedonien ist getränkt mit dem Blute unschuldiger Opfer. Es ist notorisch, daß die Bulgaren sich in weitem Maße der Hilfe der Komitatjischen bedienten. Da sie alle verfügbaren Truppen nach Thrazien schicken mußten, überließen sie das eroberte Mazedonien der Gnade ihrer blutbefleckten Hilfstruppen. Das Ergebnis hiervon zeigt sich in den Ereignissen von Kawala und Seres und in der enormen Menge unterschiedsloser Schlachtereien, die vor sich gegangen sind, besonders in dem Bezirk Koret Sissar, wo kaum ein einziger Mohammedaner am Leben gelassen wurde. Auch Debeagatsch war der Schauplatz schrecklicher Szenen. Mohammedanische Banden trugen ihrerseits zur allgemeinen Verwilderung bei. Ganze Dörfer wurden durch ihre Grausamkeit zerstört. Die Mekeleien in Kawala wurden durch Armenter

verübt, die sich der bulgarischen Armee als Freiwillige angeschlossen hatten. Das Motiv war offenbar, die Mekeleien in Adana zu rächen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Diplomatie.

Entgegen aller Uebung hat die gestern begonnene Generaldebatte des Stats nicht mit dem Finanzposten des Schatzsekretärs begonnen. Die auswärtige Lage ist als besonderer Gegenstand vorweg genommen worden, und eingeleitet wurde die Beratung durch eine feierlich aufgedruckte Erklärung des Reichskanzlers. Diese Neuerung ist natürlich nicht ohne Wichtigkeit; sie entspringt dem Ernst der Situation und dem starken Verlangen des Volkes, in dem Zustand beängstigender Verwirrung endlich Klarheit zu erhalten.

Die Bedeutung des Tages kam schon äußerlich zum Ausdruck im Besuch des Hauses, der Regierungsbänke und der Tribünen. In den Wandelgängen entwickelte sich das Leben der großen Tage. Wertwürdigerweise unterhielt man sich aber vor Beginn der Sitzung in Kreisen der Abgeordneten und der Presse weniger über das eigentlich vorliegende Thema, als über den von Herrn Erzberger getuschelt angefündigten Angriff gegen die Regierung wegen ihres Erlasses zum Jesuitengesetz. Man war sich dabei im allgemeinen ziemlich einig, daß dem großen Tamtam irgendwie energische Taten folgen würden.

Die Klarheit, die aus den gestrigen Auseinandersetzungen hervorgehen sollte, hat die Debatte nicht gezeigt. Man kann der diplomatischen Veranlagung des Reichskanzlers bei all ihren ungewissen Mängeln das Zugeständnis machen, daß er wenigstens eine Eigenschaft besitzt, und zu verwerten weiß; er versteht es, unendlich viel Worte zu brauchen, um so gut wie gar nichts zu sagen. Dieses Nichts ist schließlich auch der wesentliche Inhalt seiner gestrigen Erklärung, vermag, daß sogar die gewiß nicht vernünftige bürgerliche Mehrheit von einem verlegenen Staunen befangen wurde. Sie brachte es mit Mühe über sich, an zwei oder drei Stellen, die der Kanzler ihr durch plötzliches Stillschweigen deutlich markierte, den gewohnheitsmäßig angebrachten Beifall zu zollen. Wenn überhaupt an dieser Erklärung etwas interessant ist, so ist es der Ton, in dem sie vorgetragen wurde. Es muß in der Tat auffallen, daß in einem Augenblick, wo alle Welt und alle offiziellen Blätter von Entspannung und Verständigung reden, der Kanzler des deutschen Reichs sich offenbar noch besonders Mühe gibt, den ohnehin genügend langweiligen Tonfall seiner Rede außergewöhnlich ernst zu stimmen, und man kann daraus nur wenig erfreuliche Folgerungen ziehen. Zu derselben Schlussfolgerung muß die überaus starke Betonung der Bündnistreue führen. Wollte der Reichskanzler lediglich einen Druck ausüben auf etwaige kriegerische Neigungen Rußlands, so hätte er hier sicherlich besser getan, seine einzige diplomatische Qualität zu betätigen. Denn es kann nicht fraglich sein, wie in den nächsten Tagen das französische und englische Echo auf dieses Bekenntnis zu absoluter Ribellentreue lauten wird! Das heißt keineswegs, den Konflikt lokalisieren — die wesentliche Absicht der Großmächte, wie Herr v. Bethmann-Hollweg doch selbst unterstrich — das heißt in der Tat, in den Interessengegensatz die beiden großen Mächtegruppen gegeneinander auftreten lassen. Das alles ist nicht in Einklang zu bringen mit der so viel versicherten Friedensliebe oder gar mit den günstigen Aussichten, die der Reichskanzler in seiner Erklärung dem gegenwärtigen Meinungsaustausch der Großmächte stellte.

Genosse Ledebour, der nach dem Reichskanzler zu Wort kam, hatte daher durchaus recht, von der Regierung genauere Mitteilungen über den eigentlichen Gegenstand und über die Einzelheiten der Diskussion zu fordern, wie sie unter den einzelnen Kabinetten Europas gegenwärtig gepflogen wird. Die Klarheit hat das Volk nicht erhalten, die es erwarten konnte, sondern nur das beklemmende Bewußtsein dauernder Gefahren um einer nichtigen Bagatelle willen. Die Rede unseres Genossen Ledebour stellte den banalen Redensarten des Reichskanzlers eine sachliche Untersuchung der wirklichen Gründe des gegenwärtigen Konflikts gegenüber. Das war der Mehrheit naturgemäß etwas sonderbar, da sie ja gewohnt ist, Fragen der auswärtigen Politik nur eben mit der nichtsagenden Verehrtheit zu behandeln, die etwa im Deutschen Wehrverein geübt wird. Aber diese Verlegenheit, die sie zuweilen durch eine bewußte Heiterkeit zu verdecken suchte, wich doch einigem Verständnis für den Ernst der Lage, als unser Redner sich mit aller Entschiedenheit dagegen wandte, daß Deutschland, ohne die Berechtigung österreichischer Forderungen nachzurufen, der Armeestadt unserer Verbündeten eine

Wank-Vollmacht ausstellt. Ebenfalls konnten sich die bürgerlichen Parteien die erste Bedeutung unserer Politik verhehlen, als der sozialdemokratische Redner unter Hinweis auf die internationalen Kundgebungen in Basel die russische Regierung vor der Ausführung verbretterischer Pläne warnte. Die Politik der Sozialdemokratie ist die Politik internationaler Verständigung und des Friedens, das sagte Ledebour am Schlusse seiner Rede in aller Deutlichkeit, nachdem er die Stellung dargelegt hatte, welche unsere Partei gegenüber den eigentlichen Balkanproblemen einnimmt.

Selbsterständlich mußte der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. R i d e r l e n - W ä c h t e r, der sich bei seinem eigenen Ressort noch nicht hatte hören lassen, so tun, als ob alles in wunderndster Ordnung wäre; er schützte Rußland ausdrücklich vor den Angriffen unseres Genossen mit den üblichen Phrasen, die auf niemand mehr Eindruck machen können. Ueber die Redner aus dem Hause, die Herren Dr. S p a h n, Graf K a n i z, B a s s e r m a n n und S c h u l z - B r o m b e r g, ist recht wenig zu sagen. Diese Herren haben ja in Fragen der auswärtigen Politik schließlich alle mit kaum merklicher Nuancierung denselben kriegerischen Standpunkt. Ihre Neugier, wie es eigentlich in Wirklichkeit steht und was wohl die Diplomaten verhandeln mögen, welche Volksinteressen in Gefahr sind, diese Neugier ist recht gering und wird betäubt durch den Raufsch patriotischen Wortschwall. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß die ganzen Debattationen schließlich in die Forderungen nach mehr Militär, nach mehr Flotte, nach mehr Luftschiffen münden. Man kennt die Melodie und kennt den Text.

Heute wird die Debatte fortgesetzt. Von unserer Fraktion wird Genosse Dr. David sprechen.

Luftflottengesetz und Luftflottenbauplan.

Die Freude der Luftflottenschwärmer darüber, daß dem Reichstag demnächst ein Luftflottengesetz zugehen soll, ist zu Wasser geworden. Sie trösteten sich nun damit, daß die Militärverwaltung wenigstens einen Luftflottenbauplan aufgestellt hat, in dem die erforderlichen neuen Maßnahmen zur Vermehrung der Luftflotte festgelegt sind. Die erforderlichen Mittel sollen im Rahmen des Etats angefordert werden. — Die Luftflottenschwärmer werden gut tun, möglichst viel Wasser in den Wein ihrer Begeisterung zu gießen, denn die Finanzlage des Reiches ist durchaus keine solche, daß die Mittel für diese neuesten Rüstungen zur Verfügung gestellt werden können, und von Steuern, die den Besitz treffen, wollen gerade die Luftflottenschwärmer und die ihnen nahestehenden Kreise nichts wissen.

Regierung und Vatikan.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus guter Quelle erfahren haben will, hat der Reichstanzler am 27. November einem Führer des Reichstagszentrums erlaubt: Die päpstliche Enzyklika über die Gewerkschaften sei das letzte, was sich die preussische Regierung an Eingriffen in die Rechte des Staates und in die Selbstständigkeit der interkonfessionellen Arbeiterorganisationen habe bieten lassen. Sollte wieder derartige Vorkommen, so werde sie unbedingt die diplomatischen Beziehungen zur Kurie einstellen. — Bei der Vorlesung, die der Reichstanzler für die christliche Arbeiterbewegung hat, ist es begreiflich, daß ihm die Enzyklika als ein Strich durch seine Rechnung erschienen mußte. Unbegreiflich ist es nur, daß er diese Erklärung einem Zentrumsgesandten gegeben haben soll und sie nicht, wie das diplomatische Gebrauchs entspricht, durch den preussischen Vertreter beim Vatikan, dem Papst direkt hat zugehen lassen.

„Zentrum, werde hart!“

Die „Germania“ gibt in ihrer Ausgabe vom Sonntag die Preßstimmen zum Jesuitenentwurf des Bundesrates wieder und stellt fest, daß sowohl diese Preßäußerungen wie auch der Bundesratsbeschluss selbst die Enttötung der deutschen Katholiken als gerechtfertigt erscheinen lassen und diese Enttötung noch steigern werden. Wenn die Regierung trotz der Mahnungen und Warnungen ernst denkender Protestanten, die Gegner des Jesuitenentwurfes sind, den Weisungen des Evangelischen Bundes folge und auf die Stimmung von Millionen Katholiken keine Rücksicht nehme, dann mögen naive Seelen vom „konfessionellen Frieden“ träumen. Sie werden aber bald aus diesen Träumen unangenehm aufgerüttelt werden. Aus der ganzen katholischen Presse ertönen die Protestrufe gegen den Bundesratsbeschluss und der Enttötungsfrage des katholischen Volkes werde bald so laut werden, daß er die Triumphgeränge der liberalen Kulturkämpferischen Presse überdünne. Zentrum, werde hart!

Das Volksschulgesetz im jählichen Landtage.

Bei der weiteren Beratung des Volksschulgesetzes wurden die Bestimmungen über die Einführung des Fortbildungszwangs für Mädchen angenommen. Der Versuch der Konservativen, die Mädchen-Fortbildungsschule nur für Orte über 300 Einwohner obligatorisch anzuordnen, wurde abgelehnt. Gezürnt wurde in der Vorlage trotz der Einwendungen des Kultusministers die Bestimmung, nach welcher die Lehrer das Gehältnis der Befehlsinstanz abzugeben haben. Abgelehnt wurde das Verbot der Prügfürze. Dann begründete Gen. Lange einen Antrag, nach welchem Beschränkungen der Lehrer in ihren staatsbürgerlichen Rechten unzulässig seien und Dienststrafen gegen sie wegen Anwendung dieser Rechte nicht ergehen dürfen. Der Antrag wurde aber ebenfalls von den Nationalliberalen und den Konservativen abgelehnt.

Der zweite Wahlgang der Württembergischen Landtagswahlen.

Am Freitag fand, wie schon kurz berichtet, in Württemberg der zweite Wahlgang der Landtagswahlen statt. Die Sozialdemokratie fand in 15 von 24 Wahlbezirken im Kampfe. Es gelang ihr nur drei Mandate zu erlangen und zwar wurden gewählt die Genossen Dietrich in Heidenheim, Hofsta in Schorndorf und Kurz in Reutlingen. Die zwei Mandate von Heidenheim und Schorndorf sind nun erobert worden; dagegen haben

wir von alten Sitzen verloren Neuenburg und Göppingen. Das Wahlabkommen mit der Volkspartei verlagte in Waiblingen und Leonberg zum Nachteil der Sozialdemokratie, in Badnang und Oberndorf zum Nachteil der Volkspartei; es bewährte sich nur in Waiblingen zum Vorteil der Volkspartei. Die Volkspartei erlangte in der Nachwahl 8 Mandate, die Nationalliberalen 5, das Zentrum 2 und die Bauernbündler 6 Mandate. In den 75 bisher erledigten Bezirkswahlen sind definitiv gewählt: 13 Sozialdemokraten, 15 Volksparteiler, 9 Nationalliberale, 21 vom Zentrum und 17 Bauernbündler. Die Rechte hat sonach jetzt 38, die Linke 37 Mandate. 17 Landesproporzwahlkreise stehen noch aus. Hier von dem im Proporz zu vergebenden Sitzen wird die Sozialdemokratie sicher erlangen, sodas sie mit einem Gewinn von wenigstens 1 Mandat aus der Wahl hervorgeht. Die Volkspartei verliert voraussichtlich sechs Mandate; der Bauernbund dürfte 4—5 gewinnen, während Zentrum und Nationalliberale wahrscheinlich in alter Stärke zurückkehren. Die Aussicht auf eine schwarzblaue Mehrheit, die allerdings nur sehr klein sein könnte, ist in gefährliche Nähe gerückt.

Zu diesem Resultat wird uns noch aus Württemberg geschrieben:

Der zweite Wahlgang in Württemberg hat ein überraschend ungünstiges Ergebnis gebracht. Auf Grund der im ersten Wahlgange abgegebenen Stimmen konnte man annehmen, daß in den 24 Bezirken, in denen die Entscheidung noch bevorstand, das Zentrum und die Konservativen höchstens noch 3—4 Mandate bekommen würden. Ganz sicher waren der Rechten nur zwei Sitze, in Wirklichkeit aber sind noch 6 Konservative und zwei Zentrumsmänner gewählt worden. Das sozialdemokratisch-demokratische Wahlabkommen hat völlig verlagert. Entgegen dem Abkommen wurde in Oberndorf der Zentrumsgewählte gegen die Volkspartei wiedergewählt, und Badnang ging von der Volkspartei an die Konservativen über. In Waiblingen wie in Leonberg, wo die Volkspartei unsere Kandidaten gegen die Konservativen unterstützte, siegten die Letzteren. Auch diese beiden Bezirke waren bisher volksparteilicher Besitz. Ferner geht der volksparteiliche Bezirk Kirchheim an die Konservativen über. Die Nationalliberalen wurden von den Konservativen geschlagen in Brackenheim, wo sie ihren bisherigen Fraktionsvorsitzenden v. Balz verlieren. Das Zentrum hat Geislingen an die Nationalliberalen verloren, dafür Redarsulm von den Konservativen gewonnen. Künzelsau, in dem die Nationalliberalen als bisherige Mandatsinhaber schon im ersten Wahlgange ausschieden, ist dafür im Kampf mit dem Zentrum den Konservativen zugefallen. Die Sozialdemokratie hat Neuenburg, das vor sechs Jahren durch Zufall erobert wurde, und Göppingen, einen alten, festen Besitzstand unserer Partei, an die Nationalliberalen verloren, Heidenheim und Schorndorf von den Konservativen gewonnen. Der Sieg in Schorndorf beruht auf den Zerwürfissen im Lager der Volkspartei. Behauptet wurde von uns Reutlingen-Unt im harten Kampfe gegen die Nationalliberalen. — Das Wahlergebnis stellte sich nach Gewinn und Verlust der Parteien wie folgt: Die Sozialdemokratie gewinnt 4 und verliert drei Mandate; die Volkspartei gewinnt eins und verliert fünf; die Nationalliberalen gewinnen fünf und verlieren sieben; das Zentrum gewinnt und verliert je eins; die Konservativen gewinnen sieben und verlieren zwei Sitze. Die konservativen Bündler tragen also den Hauptgewinn davon und zwar auf Kosten der beiden liberalen Parteien, die es an dem nötigen Nachdruck im Kampfe gegen die Rechte fehlen ließen. Bei der am 18. Dezember stattfindenden Landesproporzwahl dürften sich die 17 noch zu vergebenden Mandate nach dem jetzt feststehenden Stimmenverhältnis in der Weise verteilen, daß die Sozialdemokratie, die Volkspartei und das Zentrum je vier, die Konservativen drei und die Nationalliberalen zwei Mandate bekommen. Danach ist mit folgender Gesamtstärke der Fraktionen im nächsten Landtage zu rechnen: Zentrum 25 wie bisher, Konservative 20 (bisher 15), Nationalliberale 11 (bisher 13), Volkspartei 19 (bisher 23), Sozialdemokratie 17 (bisher 13). Zahlenmäßig hätte also die schwarzblaue Rechte 45 von 92 Sitzen inne. Da aber unter den Nationalliberalen noch einige verkappte Konservative sind, kann die Rechte den künftigen Landtag beherrschen. Das Bild ist genau dasselbe wie im Reichstage; auch der empörende Kontrast fehlt nicht zwischen dem Stimmenübergewicht der Linken und ihrem schwachen Mandatsbesitz.

Osterreich-Ungarn.

Ein Sozialdemokrat als Mitglied des Staatsgerichtshofes. Als Mitglied des Staatsgerichtshofes, das von dem österreichischen Parlament zu wählen ist, wurde Genosse Friedrich K u s t e r i z, Redakteur der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ gewählt. — Nachbarin, Cuer Klatschen!

Frankreich.

Auch ein Friedensfaktor. Im Budgetausschuß der französischen Kammer hat der Berichterstatter für das Marinebudget, Professor Painlevé, einen tiefen Eindruck durch seine Erklärung hervorgerufen, daß eine Anzahl französischer Kriegsschiffe keine vollständigen und vorrätigmäßigen Pulvervorräte, namentlich in neuem Pulver, haben. Der Ausschuss beschloß nach einer lebhaften Erörterung, die Minister der Marine und des Krieges sowie den Ministerpräsidenten vorzuladen und ihnen eine Reihe von Fragen vorzulegen, mit deren Abfassung der Berichterstatter Professor Pailevé betraut wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 3. Dezember.

Der Sozialdemokratische Verein hält heute abend im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, müssen die Genossen und Genossinnen pünktlich erscheinen.

Die Lübecker Bürgerchaft beendete in ihrer gestrigen Versammlung die Beratung über die Erhöhung des Kopfgeldtarifs des Allgemeinen Krankenhauses und den Ordnung der Anstellungsver-

hältnisse der Oberärzte. Langwierige Debatten wurden über Anstellungsverhältnisse des Oberarztes der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses gepflogen. Ein vom Genossen Hoff gestellter Verbesserungsantrag wurde abgelehnt, ebenso der Antrag von Dr. Benda, dem Oberarzt Pensionsberechtigung zu gewähren. Dagegen wurde die Übergangszeit, während welcher dem Oberarzt gestattet ist, neben seiner Krankenhausstätigkeit auch noch Privatpraxis zu betreiben, nur bis Ende 1915 festgesetzt; der Senat hatte 1917 vorgeschlagen. Schließlich wurde die ganze Senatsvorlage, die namentlich die Krankenkassen und damit in letzter Linie die Arbeiter belastet, mit großer Mehrheit angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten nicht dafür.

Nach kurzen Erörterungen bewilligte die Bürgerchaft 11.300 Mk. für den Einbau eines zweiten Verbrennungsofens im Krematorium und 14.000 Mk. zur Beseitigung der Siebtlagerungen in den Häfen der Stadt. Genosse Ehlers benutzte die Gelegenheit, um den Vorsitzenden der Baudeputation nach dem Grund der Arbeiterentlassungen zu fragen, die bei genügender Umsicht hätten vermieden werden können und die gerade bei der Arbeitslosigkeit im Winter um so bedauerlicher seien. Vom Senatstische konnte keine Antwort darauf gegeben werden.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen gab die Platzfrage für den Schulhausbau der Freeseischen Schule Veranlassung. Der Senat möchte den Falkenplatz als Baugelände für diese Schule benutzen, während zahlreiche Mitglieder der Bürgerchaft, darunter die Sozialdemokraten, der Ansicht sind, daß man die vorhandenen Schmuckplätze, die auch als Kinderspielplätze dienen, nicht beseitigen, sondern erhalten solle. Schließlich wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, welche die Sache zu prüfen hat und eventuell andere Vorschläge machen kann.

Zu Beginn der Sitzung fand die Wahl von 14 Mitgliedern des Bürgerausschusses statt. Von der sozialdemokratischen Fraktion war gewünscht worden, man möchte ihr eine im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl stehende Vertretung im Bürgerausschuß gewähren. Da die Abgeordneten der zweiten Klasse 12 Mann stark sind und damit den zehnten Teil der Bürgerchaft stellen, so haben sie 3 Sitze im Bürgerausschuß mit Recht zu beanspruchen. Die Mehrheit der Bürgerchaft, bei welcher der Sinn für Gerechtigkeit dem Gegner gegenüber nur außerordentlich gering entwickelt ist, will davon jedoch nichts wissen. Sie ist nur dafür zu haben, daß höchstens zwei Sozialdemokraten im Bürgerausschuß sitzen. Der Appell unseres Genossen Löwig an die Bürgerchaft, neben dem von der Vorversammlung vorgeschlagenen Genossen Dr. Schlomer den Genossen Stellung in den Bürgerausschuß zu senden, begegnete tauben Ohren. Schlomer wurde gewählt, während auf Stellung nur 20 Stimmen entfielen. Nicht einmal die Liberalen, die angeblich an die dreißig Mitglieder in der Bürgerchaft sitzen haben, vermochten es in ihrer Mehrheit über sich zu gewinnen, der einfachsten parlamentarischen Gepflogenheit, einer Fraktion eine angemessene Vertretung zu gewähren, Genüge zu tun. Über dieses Verhalten der Bürgerchaftsmehrheit entspricht daraus dem arbeiterfeindlichen Charakter des Bürgerchaftswahlrechts, dem die Erstklassigen ihre Gesetzgeberrolle überhaupt nur verdanken.

Die Versammlung der Bürgerchaft findet heute abend 6 Uhr statt. Zur Beratung gelangen die gestern nicht aufgearbeiteten Tagesordnungsgegenstände.

Mh. Mittelalterliche Kunstgeschäfte. Vortragswesen der Oberschulbehörde in der Aula des Johanneums. 8. Abend. Herr Dr. Schäfer besaßte sich, nachdem er in seinem vorigen Vortrag einen Einblick in die niederländische Malerei gegeben hatte, mit der deutschen Malerei des 15. Jahrhunderts. Das Zentrum dieser Periode bilden Konstanz und Basel, jene Orte, wo die großen Kirchenzusammenkünfte tagten. Die Fürsten mit ihrem Gefolge versammelten sich hier in bedeutender Zahl. Solche Stätten waren bei den Künstlern sehr beliebt, woraus sich die große Zahl der tätigen Maler in der Zeit von 1410—40 in der Gegend vom Bodensee bis Basel erklärt. Die hervorragenden unter diesen sind Conrad Wis und Wis sen. Zu gleicher Zeit wurde in Köln eine Kunstschule ins Leben gerufen, aus der die bedeutenden Meister Wilhelm und Stephan hervorgingen, welche sich durch ihre prachtvollen Werke großes Ansehen errangen. Auch die Hamburger Meister haben es verstanden, sich Anerkennung zu verschaffen. Besonders die Werke eines Grands erregten viele Bewunderung. Seine Malereien bezeichnen den Höhepunkt der Frühkunst des 15. Jahrhunderts in Deutschland. Zahlreiche Lichtbilder in klarer Ausführung stellten die wichtigsten Werke der erwähnten Meister dar und trugen sehr viel zum Verständnis für deren Wollen und Können bei. — In seinem nächsten Vortrage wird Herr Dr. Schäfer auch die Lübecker Meister streifen.

Wer will den städtischen Saalbau pachten? Die Theaterbehörde erläßt in hiesigen und auswärtigen Zeitungen folgende Ausschreibung: Der mit dem Stadttheater verbundene Saalbau nebst dem auch als Tageswirtschaft offenen Theaterrestaurant soll dem Theaterbuffet, ferner einer Wohnung von 5 Zimmern etc., vom 15. Mai 1913 beginnend, neu verpachtet werden. Die Pachträume sind an der Beckergasse, in bester Gegend der inneren Stadt, gelegen. Das Küchen- und Wirtschaftsmobilar wird von der Stadt gestellt, Küchen- und Tafelgeschirr sowie Wäsche hat der Pächter einzubringen. Bewerber wollen sich bis spätestens den 11. Januar 1913 an den Buchhalter Kressin (Theaterkassier, Fischergrube 5/15) wenden. Von ihm können auch die Pachträume und der Grundriß der Pachträume, gegen Einzahlung von 2 Mark, bezogen werden.

Im Im Souja-theater tritt jetzt Harry Bienestein aus Köln mit seinem Burleskenensemble auf. Seine Sachen sind recht derber Natur und von einer Komik, die nicht jedermann Sache ist. Da aber jeder Topf seinen Deckel findet, so findet auch Bienestein sein Publikum, wie der große Beifall beweist, den er einheimt. Von den noch sonst auftretenden Spezialitäten steht an der Spitze Katie Poisset, die mit gut gekulter Stimme nette Lieder bringt und auch gute Tierdressuren vorführt, wie auch als Bauchrednerin debütiert. Warum sie sich deshalb aber gerade der weibliche Sylvester Schäfer nennt, ist uns unverständlich geblieben. Als altbekannter, aber gefeierter Gast tritt Ludwig Puls auf. Seine plattdeutschen Sachen sind originell, gut zum Ausdruck gebracht und finden großen Beifall. Ferner sind noch zu verzeichnen eine Exzentrik.

Soubrette, eine spanische Tänzerin und ein Akrobatentrio, die sich nach besten Kräften bemühen, ihrer Sache gerecht zu werden.

Von einem Auto totgefahren wurde gestern früh in der Schwartauer Allee an der Ecke der Marienstraße ein großer Hund.

Vollkonzert des Lehrer-Gesangvereins. Wie wir bereits an dieser Stelle mitgeteilt, hat der Lehrer-Gesangverein seine Freunde und Gönner aus den breitesten Schichten unseres Volkes wiederum zu einem Volkskonzert geladen, das am Sonntag, dem 8. Dezember, abends 8 Uhr im Kolosseum stattfindet. Der Männerchor hat eine Reihe von Personen aus dem reichen Chorchorge zu einer prächtigen Kette vereinigt. Den Anfang macht er mit zwei alten Liedern aus dem 13. und 16. Jahrhundert, denen moderne folgen. Der alte Papa Haydn, der stets voll toller Streiche ist, und nicht nur in seinen Kompositionen für Orchester, kommt mit seinem prachtvollen Humor in einem Liede zum Lobe des Weins zur Geltung. Das Wasser stumm macht, bestreitet ihm zwar jeder, aber Haydn weiß für seine Meinung so viele Gründe ins Feld zu führen und er tut das mit so schalkhaftem Lächeln, daß man ihm trotz alledem nicht gram sein kann. Wie er den Chor selbst nun vollends für sich werben läßt, das ist von Haydn mit so unnaahmlich großer Kunst gemacht, daß dieses Lied zu den schönsten Chören gerechnet werden muß. Urwüchsigter Humor der friedrichianischen Soldaten kommt auch zur Geltung in dem Spottliede auf Maria Theresia. Daß auch der Weihnachtsstimmung Rechnung getragen ist, liegt nahe. Solistisch wirkt die Lübecker Kammermusikvereinigung der Herren Hofmeister, Konzertmeister Szanto und Solocellist Corbach mit. Die Herren beteiligen sich am Programm mit einem Trio von Mozart und Solistiken. Der Eintrittspreis für das Konzert beträgt 50 Pfg. für den nummerierten, 30 Pfg. für den unnummerierten Platz. Letztere sind auch in unserer Redaktion erhältlich. In den letzten Jahren hat sich dieses Konzert so viele Freunde erworben, daß auch diesmal auf einen vollen Besuch zu rechnen ist. Hören kann man in den weiten Räumen des Kolosseums überall gleich gut.

Hamburg. Von einem Scherstoß erschlagen. Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich an Bord des Dampfers „Bankfields“. Dort wurde der Arbeiter Panzers von einem herabstürzenden Scherstoß getroffen und so schwer verletzt, daß er auf der Stelle getötet wurde. Die Leiche des auf so entsetzliche Weise ums Leben gekommenen Arbeiters wurde in die Leichenhalle des Hafentränkenhauses geschafft. — **Wassersnot in Hamburg.** Das unter der Bankstraße hinwegführende Hauptfließ der Stadtwaferkunft ist gestern abend zusammengebrochen. Durch die hervorbrechenden Wassermassen wurden die umliegenden Keller unter Wasser gesetzt. Durch die Gewalt des hervorquellenden Wassers wurde das Erdreich fortgeschwemmt, so daß dort der Fuhrwerks- und Straßenbahnverkehr vollkommen eingestellt werden mußte. Etwa eine Stunde lang war ganz Hamburg ohne Wasser, bis man eine Umleitung des Wasserlaufes vorgenommen hatte. Die Feuerwehr ist mit dem Auspumpen der überfluteten Keller beschäftigt.

Das Reichsmarineamt und die Förderung der Werftarbeiter auf Einführung der ungeteilten Arbeitszeit. Die für den Arbeiter ungünstigen Wohnungsverhältnisse in Wilhelmshaven und in der Schwesterstadt Rürstingen drängen auch dort den Wohnsitz der Arbeiter immer mehr an die Peripherie der Stadt. Der Weg zur Arbeitsstätte ist deshalb mit großem Zeitverlust verknüpft; bei größeren Entfernungen reicht die Mittagspause nicht dazu, um zu Hause das Mittagessen einnehmen zu können. In Rücksicht auf diesen durch die Entwicklung der Großstädte bedingten Umstand haben viele Privatunternehmer auf Wunsch der Arbeiter die durchgehende Arbeitszeit eingeführt und beide, Unternehmer und Arbeiter, stehen sich dabei nicht schlecht. Der Arbeiterausschuß der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven beantragte auf Wunsch der Arbeiter die Einführung der ungeteilten 8 1/2 stündigen Arbeitszeit. Auf eine diesen Wunsch ausführlich begründende Eingabe ist ihm jetzt folgende Antwort zuteil geworden:

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes.

Berlin, den 17. November 1912. Dem Arbeiterausschuß ist zu eröffnen, daß ich seine Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunde und Einführung einer halbstündigen Mittagspause ablehne.

Eine Herabsetzung der neunstündigen effektiven Arbeitszeit ist nicht beabsichtigt und die kurze Mittagspause liegt weder im Interesse der Werft noch der Arbeiter. Praktische Erwägungen, die von der Wissenschaft unterstützt werden, lassen bei körperlicher Arbeit und angesichts der klimatischen Verhältnisse die Unterbrechung der Arbeit zur Mittagszeit durch eine längere Pause, die dem Gros der Arbeiter Gelegenheit gibt, ihre Mahlzeit zu Hause einzunehmen und sich genügend auszuruhen, unbedingt als das Zweckmäßigste erscheinen. Ganz allgemein wird auch in den gleichartigen Betrieben der Privatindustrie so verfahren. J. B. gez. Dir."

Die Fürsorge für die Arbeiter ist recht löblich, wenn sie nur nicht von falschen Voraussetzungen ausgeht. Die

Mahlzeiten zu Hause einzunehmen und sich genügend auszuruhen ist unbedingt das Zweckmäßigste, wenn dieses Zweckmäßige eben durchgeführt werden könnte. Weil das nicht möglich ist, so läuft die Arbeitszeit mit einer längeren aber doch unzureichenden Mittagspause faktisch auf eine Verlängerung der Arbeitszeit hinaus. Was in der Privatindustrie sich bewährt hat, dürfte für staatliche Musterbetriebe auch nicht schädlich sein. Die weisen Arbeiter-Fürsorge einer hohen Staatsbehörde wäre aber in anderen Fällen sicher besser angebracht.

Odenburg. Eine sozialdemokratische Frauenkonferenz für Odenburg-Offenland fand am Sonntag in Odenburg im Gewerkschaftshause statt. Vertreten waren sämtliche fünf Wahlkreise durch 16 weibliche und 7 männliche Delegierte. Genossin Fiek vom Parteivorstand sprach über die Themen „Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für die politische Tätigkeit“ und „Unsere Kinderbeschützungsmaßnahmen“. Die vorzüglichsten Ausführungen waren sehr instruktiv gehalten, enthielten eine Fülle von wertvollem Material und riefen eine lebhafteste Aussprache hervor. Der Verlauf der Konferenz läßt daher bestimmt hoffen, daß eine noch lebhaftere Bewegung für die Gewinnung und Schulung der proletarischen Frauen für die Parteiorganisation einsetzt.

Arbeiter! Parteigenossen! Erwerbt das Lübecker Bürgerrecht.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
 - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
 - 3) Militär-Papier.
 - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist. Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern):
 - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
 - 6) Innungsmittelschein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind: außer obigen noch folgende Papiere beizubringen = 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
- 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens sozial an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

Standesamtliche Nachrichten

vom 24. bis 30. November 1912.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
17. November: Schlosser Th. Chr. W. Drewing, 18. Schriftsetzer N. A. A. Stallbaum, 21. Tapezierer K. F. R. Eitelberg, 22. Arbeiter F. J. L. Mey. Gärtner G. H. Chr. Renzow, Arbeiter G. A. F. Hartwig, 23. Gärtner G. W. J. Zimmermann, 24. Arbeiter J. E. Timm (Strecknick), 26. Schlosser G. H. Thal, Brenner G. J. Kempf, Arbeiter J. Schlomm, 28. Handlungsgehilfe G. E. R. Breustedt.

- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
7. November: Maurer J. J. G. Westhaver, 13. Straßenbahnwagenführer W. F. J. Humpel, 19. Arbeiter F. G. D. Mecker, 20. Arbeiter G. H. W. Brockmann, 21.

Tischler H. E. F. Engel, 22. Bäcker J. B. H. Schönbohm, Weichensteller G. J. M. Freitag, Kupferchmied J. S. W. Baasch, 23. Flussschiffer J. H. Chr. Stallbaum, Arbeiter O. Zimmermann, Lehrer G. H. Th. Kähler, Maler K. W. K. Plesn, Arbeiter W. W. B. Fey, 24. Arbeiter G. E. W. K. Funk, 25. Schlosser U. A. Ziegert, Arbeiter W. J. F. Waier, Schmied F. W. Feldbock, Schlosser W. H. A. Dieß, Seemaschinist G. W. Strangmann, Hüftaufseher bei dem Marktall- und Untersuchungsgefängnis F. W. Chr. Lübbe, 26. Eisenbahn-Wagenichhaber J. M. W. Wolln, 27. Postbote B. K. R. Chr. Wagemann, Maler G. H. Th. Krüger, 18. O. Chr. J. H. Kusch.

Angerorbete Angebote.

25. November. Maschinenbohrer H. Wartjes und M. M. Kropp, beide in Bremen. Tischler G. K. F. Deiden und G. K. M. Krieger, Malergeselle J. G. Hedden und Witwe U. S. E. Schönborg geb. Holz, 26. Maschinenschlosser G. K. W. Stau und G. M. W. Haack, Arbeiter D. F. General und L. M. A. Dohie, beide in Hildesheim, 27. Kellner A. ben Feiß genannt Masak in Hamburg und G. W. R. Gardt, Arbeiter J. H. Chr. Edler und U. M. M. Rothländer in Røgeburg, Arbeiter J. Wypwis und W. Tzypnisk, beide in Logstedt, 28. Bäckergefelle G. F. W. Könnpage in Groß-Gronau und B. M. Schüller in Schlammersdorf, Bahnarbeiter W. F. J. Perig in Lütchenbeck und A. R. Chr. Bütter in Groß-Dinack, Eisenhauer A. K. W. Schwarz und G. H. Varnmeister in Ravensbüsch, 29. Tischlergefelle G. E. A. Schmidt und G. P. E. Hagen, Schreiber A. Z. J. Martens und U. J. E. Sieke geb. Braun, beide in Altona, 30. Kaufmann A. L. Hüfter und H. A. F. M. Maack, Ingenieur H. F. W. Strothmann und J. M. E. Raben, Schmiedgefelle F. E. E. Groned und U. K. G. Darms, Monteur H. E. M. Wehring in Hamburg und K. Kuhl.

Eheverbindungen.

25. November. Produktenhändler F. J. A. Benn und Witwe L. M. Woz geb. Raffz, 26. Geschäftsführer G. H. Hinrichs und G. M. J. A. Böckmann, Architekt A. W. Densch in Neudöln und G. E. L. F. Jablonowsky in Berlin, 28. Lotse G. H. Wandtschneider in Hottenuau und K. R. D. Wandtschneider, 29. Zahlmeister-Apirant A. F. Kützgardt und A. F. Köhl, Arbeiter J. H. Stark und Witwe D. E. M. Rittenmacher geb. Grundt, Kunstgärtnergehilfe J. K. H. Goldschmidt und U. Chr. L. Willwahr, 30. Geschäftsführer D. R. Th. Qualmann und G. D. W. J. Dittmann, Arbeiter J. H. G. Weleemann und R. M. R. W. Wittfoht in Schattin, Schuhmachergeselle W. H. J. Edler und D. V. E. M. J. Mohr, Arbeiter H. K. Th. Bremer und L. J. Ch. Möller, Bootsbauer W. K. F. Lorenz und U. F. J. Peters, Seizer H. L. R. Dürkoop und F. H. A. Koop.

Sterbefälle.

23. November. G. A. F. Koh, 3 Mt., Werkmeister A. E. B. Specht, 47 J., 24. Zimmerpolier L. W. Meyer, 86 J., Kaufmann J. P. Grobe, 43 J. (Berlin), 25. M. E. O. M. geb. Spahr, Ehefrau des Arbeiters G. C. Chr. Koller, 32 J., Pächter A. F. Marshall, 43 J., Wirt F. J. A. F. Beneschon, 64 J., M. Chr. F. geb. Woll, Ehefrau des Möbelfabrikanten J. H. G. Wasserstradt, 44 J., K. S. G. Coert, 1 J., Chr. M. S. geb. Westthal, Witwe des Schustermeisters H. F. H. Bärth, 86 J., Generalmajor J. E. R. C. Stern, 68 J., 26. P. J. Zährtop, 8 J., G. B. C. Hinzmann, 22 J., Professor A. G. Möller, 39 J., Räberin M. E. M. Werner, 45 J., Arbeiter G. Kröjel, 62 J., 27. Ein Knabe, 8 Std., V.: Brenner G. J. H. Kempf, A. G. L. geb. Käth, verw. Stegemann, Ehefrau des Arbeiters G. W. Trettin, 39 J., Ein totgeb. Knabe, B.: Bureauchef G. L. Kober, Schlosser J. Chr. G. Richard, 70 J., 28. M. W. M. Reppin, 14 J., 29. G. A. L. Schulz, 1 Mt., Ein totgeb. Mädchen, B.: Abteilungsleiter der Heilanstalt Strecknick J. H. Chr. Peters, Schmiedgefelle F. F. G. D. Gohndrecht, 44 J., Amtsgerichtsrat a. D. P. J. F. Langemack, 62 J., 30. Arbeiter G. F. A. W. Wagemann, 53 J.

Quittung.

Für das Jugendheim gingen ein:
B. M. 0,35 Mk.
Durch das Arbeitersekretariat 2,00
Von den soziald. Frauen 35,00
Vom Gesangverein „Eiche“ 10,00
Der Jugendausschuß.

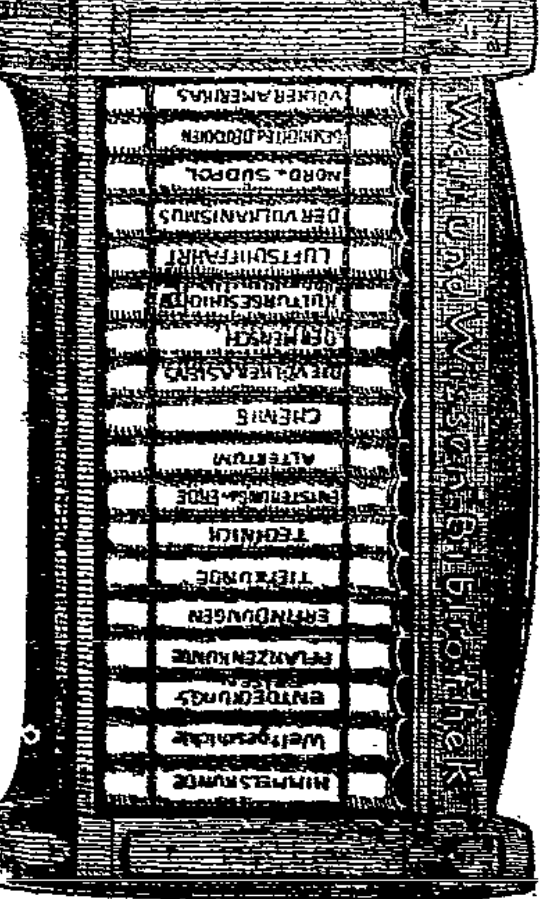
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarmy, Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Bestellform für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.
Herrn
Fr. Meyer & Co.
Lübeck.
Unterzeichneter abonniert hierdurch auf
„Welt und Wissen“,
52 Hefte à 15 Pfg.
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____

Höchstwertigste Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.



Unsere Leser teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ersten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt. Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für ein 24 Seiten starkes Heft. Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:
Der Mensch in der Pleistozänzeit.
— Wenn die Erde erzittert. —
Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Gymnastik. —

Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Gettriggand- und Hausbibliothek vollständig gratis,
und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:
Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Himmelskunde.
Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungswelten.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungswelten nach dem Nord- und Südpol.

tät im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw.
Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Freitag, den 29. November, ent-
schied nach schwerer Krankheit
Fritz Godknecht
im 45. Lebensjahr.
Tief betrauert von
**Luise Godknecht und Kinder,
J. Godknecht und Frau.**
Beerdigung Mittwoch, den 4. De-
zember, nachmittags 3 1/2 Uhr auf
dem Vorwerfer Friedhof. (5466)

Deutscher
Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Freitag, dem 29. November
starb unser Mitglied, der Schmied
Friedr. Godknecht.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem
Vorwerfer Friedhof statt.
Die Mitglieder, welche an der
Beerdigung teilnehmen wollen,
treffen sich 2 1/2 Uhr bei A. Posky
(Weißer Tisch).
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
5477) **Die Ortsverwaltung.**

Dauftragung.
Für die große Beteiligung und
die vielen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meiner lieben Tochter
Martha

sagen hiermit allen, die mit ihre
Teilnahme erwiesen, auch im Namen
der Familie herzlichsten Dank.
5471 **Wilhelm Leppin.**

Gesucht junge Mädchen
zur Erlernung der Damen-Schnei-
derei (5457) Quiekstraße 4a.

Malerlehrling
zu Ostern gesucht. (5395)
E. Scharnhorst, Föchtlingstr. 17.

Freundl. Zimmer
nach vorne zu vermieten (5475)
Weidestraße 13, I.

Zum 1. Januar eine 3-Zimmer-
Wohnung mit Zubehör zu verm.
5465) **Friedenstr. 44, Näh. port.**

**Gesucht zum 1. April eine Drei-
Zimmer-Wohnung.** Dürter- oder
Burgstr. bevorzugt. Dürter unter
M. G. an die Gr. d. Bl. (5449)

Das Haus **Böttcherstr. 15** ist
wegen Erbstatistrenkung billig
zu verkaufen. (5482)
Näheres **Deinertstraße 16a.**

**Speicher, Pferdehalm, Puppen-
Bettstelle** usw. zu verkaufen.
5447) **Johannisstraße 9, III.**

Kinderklappstuhl
billig zu verkaufen. (5431)
Zehndstraße 23a, part.

Eine hölzerne **Kinderbettstelle,**
zerlegbar, und ein **Sitzbuch** zu
verkaufen. (5450) **Glückstraße 32, I.**

Ein guter **Traschhut** und eine
Handharmonika zu verkaufen.
5451) **Grabenstraße 7, part. r.**

2 **Wischen-Reiniger**, sehr gut
erhalten a 5 Mk. und ein **schwarz-
rotes** **Reiniger** für **Wäsche**, sehr neu,
zu verk. (5453) **Standortstr. 30.**

Zu verkaufen ein gr. **Carrollin,
Puppenhormwagen, Küche, Stube,
Laterna Magica.** (5454)
Neuerstraße 2a.

Ein **Schraubloch** zu kaufen ge-
sucht. Angebots mit Preis unter
K. C. an die Gr. d. Bl. (5464)

Guterb. Kinderklappstuhl
billig zu verkaufen. (5463)
Werdstraße 17-19, III. rechts.

Eine Ziege und ein Hund
zu verkaufen. (5455)
G. Möller, Notizing.

Ein **Puppenwagen** mit od. ohne
Gummireifen, nicht so klein, zu
kaufen gesucht. Angeb. unter **J. F.**
an die Expedition d. Bl. (5459)

1 Solatisch u. 1 gr. Puppenwagen.
zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis
unt. **W. B.** an die Gr. d. Bl. (5462)

Schreiberin empfohlen **haben**
in und außer dem Hause.
5431) **Waldstraße 9a, part.**

Junge Frau sucht jungen Mann
die **Wäsche** zu
waschen. Angebot unter **H. W.**
an die Gr. d. Bl. (5470)

**Suche für eine Dame nach aus-
wärts einen Terraceder Zofel** oder
eine große **Dienerin**. Off. unt. **G. L.**
an die Gr. d. Bl. (5452)

Dr. Seitz, Fackenburg
Dienstag und Mittwoch
verreist. (5456)

Rheinperle Solo
Margarine, die Elitemarken der Branche ersetzen
feinste Butter
In Geschmack, Aroma
und Bekömmlichkeit bester Butter
gleich, aber wesentlich billiger. — Ueberall erhältlich.
Allein, Fabrik.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen, G.m.b.H., Goch (Rhld.)

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. **Mühlenstraße 13.**
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Meierei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art
in bester Qualität. (2023)

Bienenfleiß
rein deutsche Honigarten und
Raffinade, ohne die minderwertigen
Zusätze gewöhnlicher Surrogate. (5478)

Achtung!
Deutscher Bauarbeiter-Verbd.
Versammlung
am Mittwoch, dem 4. Dezember 1912
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Tages-Ordnung:
1. Das Rüstzeug der Unternehmer zum 1. April 1913.
Referent: Kollege A. Winnig-Hamburg.
2. Wahl eines Hilfskassierers.
Sollte gegen! Angesichts der drohenden Gewitterwolken erscheint in
Maßen!
5474 **Der Vorstand.**

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1913
ist erschienen und seines reichhaltigen und guten Inhaltes wegen jedem
unserer Leser sehr zu empfehlen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare Billig! **Käse!** Billig!
werden hergestellt in der
Schmuckerei des Fab. **Hollsteiner.**
Zehndstraße 46.
Forme geschmackf. Käse Pfd. 50 Pfg.
sehr feinen weißen **Schweizer 75**
in **Rechnungs-Formulare 85**
Reinertant Fleischhauerstr. 41

UHREN UHREN
Th. Seidel, Marienstr. 2a. 446

Holsten-Meierei
Wickedestraße 44
2025) Fernruf 2336
empfiehlt täglich frische
**ff. Meierei-Butter, Schlag- u.
Kaffeesahne, Vollmilch,
Mager- und Buttermilch,
Pimpkäse. Spezialität: Kochkäse.**

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
3007) empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gehendt werden Ge-
genstände aller Art, als: Mobilien,
Koffer etc. im Lagerhaus u. Spedi-
tionsgeschäft **Fischergr. 52.** (189)

Hosenselle
Kamin, Warden, Jütis, Fuchs usw.,
sowie **Pferdehaare** kauft zu höchsten
Tagespreisen. (4725)
D. Wagner, Goltzenstr. 8.

Gegen spröde Hände:
Glycerin, Lanolin, Vaseline,
Gold-Cream, Lanolin-Cream.
Ferd. Kayser, Breite Straße
81. (4886)

Achtung Radfahrer! (4341)
Schmidts Prima Löwennpneumatic
ist das beste und billigste.
Korbid zu billigsten Tagespreisen.
H. A. Hill Nachf., Johannisstr. 9.

Holz zum Anheizen, sowie sämt-
liche **Brennmaterialien** liefert billigst
J. Wunder, Föchtlingstraße
18. (5469)

**Klein-Verkauf von Kalk,
Zement, Gips, Sand, Rohr-
gewebe usw.** (5460)
J. Dethloff, Walmstr. 70.

Hohe Preise zahlt für **Handstands-
lampen**, per Pfund 4 Pfg.
E. Lunau, Al. Gröpelgrube 12, I.
Bitte Postkarte. (5478)

Großes Eisbeinessen
am Mittwoch, d. 4. Dezember
im **Restaurant C. Casten**
Dankewartstraße 13. (5430)
Hierzu ladet freundlichst ein
Carl Casten jun.
Deutscher

Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung
der weiblichen Mitglieder
am Mittwoch, d. 4. Dezember
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Zahlreichen Besuch erwartet
5476) **Die Vertrauensperson.**

**Verband deutscher
Gastwirtsgehilfen.**
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
am Mittwoch, d. 4. Dezember
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gegeben.
5450) **Die Ortsverwaltung.**

Verband d. Maler!

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 4. Dezember
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufstellung eines Kandidaten zur
Generalversammlung.
2. Ortstarifamt.
3. Antrag des Vorstandes: Weib-
nachtsvergütungen mit Kinder-
beschulung.
4. Verschiedenes.
Um rege Beteiligung ersucht
5463) **Der Vorstand.**

**Verein der Freunde von
Sing- und Ziervögeln.**

Bei der am 2. Dezember statt-
gehabten Ziehung wurden nach-
stehende Nummern gezogen:

77	98	158	175	203	231
253	275	277	307	343	359
361	401	423	442	483	492
506	507	535	540	594	611
622	623	630	631	658	669
744	752	756	784	787	788
812	872	893	898	919	962
974	989	1014	1037	1045	1063
1064	1066	1075	1088	1096	1099
1116	1145	1157	1159	1182	1186
1191	1219	1228	1262	1358	1362
1376	1440	1484	1486	1538	1558
1568	1588	1594	1611	1638	1644
1651	1670	1692	1721	1736	1738
1769	1787	1789	1790	1792	1797
1808	1827	1838	1875	1878	1882
1889	1897	1906	1910	1919	1938
1945	1962				(5467)

Die Gewinne können bis Mittwoch,
den 4. Dezember, von morgens 10
bis abends 7 Uhr vom **Gesellschafts-
haus Monopol** abgeholt werden.
Später sind dieselben bei Herrn
Albert Karge, Föchtlingstraße 72, abzu-
fordern. Vom 4. Dezember an tragen
die Gewinner selbst das Risiko der
Rückgabe. Gewinne werden nur gegen
Rückgabe der Lose verabfolgt.
Gewinne, welche bis zum 7. De-
zember 1912, abends 6 Uhr, nicht
abgeholt sind, werden Vereins-
eigentum. **Der Vorstand.**

Hansa-Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Ludwig Puls
Lübeck's beliebtester Humorist.
Harry Bienenstein
der Kölsche Tümmel in seinen
Burlesken. 5472
Kathi Boisset
Universalkünstlerin.
Vorzugskarten gültig.
Ab 11 Uhr:
Kabarett.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, den 4. Dezember 1912.
Außer Abonnement. Mittelpreise.
Autoliebchen.
Burleske Operette von Jean Gilbert.
Donnerstag, den 5. Dezember 1912.
68. Hst. i. B. Ab. 12. Hst. i. D. Ab. 12.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
La Bohème
Oper von Puccini. (5438)
Große Preise. **Der Schindl**
der **Madonna.**
Oper von Wolf-Ferrari.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 2. Dezember 1912.

79. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: von Bethmann-Hollweg, Kühn, v. Tuppig, Delbrück, Kraetke, Bischoff, v. Geeringen, Solf, v. Riederlen-Wächter.

Die auswärtige Politik. — Erste Lesung des Etats.

Präsident Dr. Kämpf: Der Reichskanzler wird sofort beim Beginn die Erklärungen abgeben, die er abzugeben gedenkt. Ich schlage dem Haupte vor, daran sogleich die Beratung der auswärtigen Angelegenheiten zu knüpfen.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Bei einer Besprechung der auswärtigen Lage sind es die Ereignisse auf dem Balkan, die zurzeit so ziemlich unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Allerdings haben die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel schon seit Jahrzehnten die Aufmerksamkeit der europäischen Großmächte in besonderem Maße beschäftigt. Wiederholte Versuche sind gemacht worden, die Zustände dafelbst zu bessern und zu ordnen, wobei die Hauptschwierigkeit in der Verschiedenheit der Mächte und der Religion beruhte. Bei dem Scheitern aller dieser Versuche mußte immer wieder mit einem gewaltsamen Ausbruch der Leidenschaften gerechnet werden. Das Bestreben der Regierungen der Großmächte war darauf gerichtet, diesen Ausbruch möglichst lange hinauszuhalten und wenigstens solange zu verhindern, daß er nicht zu einem Kampfe aller gegen alle auf dem Balkan selbst, und vor allem nicht zur Verwickelung unter den Großmächten führe. Nun hatte sich aber im Laufe dieses Jahres die Stimmung zwischen der Türkei und den Balkanstaaten so zugespitzt, daß der Ausbruch des Konfliktes nicht mehr zu verhindern war, trotz des eifrigen Bestrebens der Mächte, den Frieden zu erhalten. Insbesondere mußten wir auf eine gewaltsame Lösung gefaßt sein, seit uns zu Beginn dieses Sommers bekannt geworden war, daß die Balkanstaaten zu einem Bunde zusammengeschlossen würden. Als wir den Kampf als unvermeidlich ansahen, haben wir vor allem darauf hingewirkt, ihn zu lokalisieren. Dies ist bisher gelungen, und ich kann wohl die bestimmte Hoffnung aussprechen, daß das auch weiter gelingen wird. (Bravo!) Von den Vorgängen auf dem Balkan werden wir vor nicht unmittelbar berührt, und in manchen Punkten zeigt unser Interesse hinter dem anderer Mächte zurück. Immerhin sind wir berechtigt, gleich den andern Mächten an der Neuordnung der Dinge mitzuwirken, denn an der künftigen Gestaltung der ökonomischen Dinge auf dem Balkan sind wir sehr wesentlich und direkt interessiert. Ich erinnere nur an die Erhaltung der den türkischen Staatsgläubigern gewährten Sicherheiten. Außerdem werden wir bei der Regelung mancher Frage unser Wort zugunsten unserer Verbündeten mit in die Waagschale zu legen haben. (Schwaches Bravo! rechts.) Von den Kriegführenden wird nicht bestritten, daß bei der endgültigen Regelung der künftigen Angelegenheiten die Großmächte ihre Interessen zur Geltung bringen müssen und auf Grund dieser Interessen zur Mitwirkung herufen sind. Wenn über das Maß der Mitwirkung zwischen den einzelnen Großmächten und einzelnen Kriegführenden Meinungsverschiedenheiten bestehen oder entstehen, so werden die Großmächte die Durchsetzung ihrer Forderungen wesentlich erleichtert, wenn sie sie gemeinsam vertreten. Um dies zu erreichen, schwebt ein lebhafter Gedankenaustausch unter den Mächten, über den ich heute nichts Näheres sagen kann, da er noch andauert. Ich kann aber sagen, daß er bisher in entgegenkommendem Geiste geführt wurde und alle Aussichten auf Erfolg bietet. Schließlich werden die Ansprüche der Mächte in einzelnen Fällen festgestellt werden können, wenn die Stipulationen vorgehen, die die Kriegführenden unter sich getroffen haben werden. Dann wird zu übersehen sein, inwieweit sie in die Interessenphäre anderer Mächte eingreifen. Sollten sich bis dahin — was wir nicht hoffen — unlösbare Gegenläufe ergeben, so wird es Sache der im einzelnen Fall direkt interessierten Mächte sein, ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen. Das gilt auch für unsere Bundesgenossen; wenn sie aber bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider alles Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten, dann würden wir unserer Bundespflicht getreu fest und entschlossen an ihre Seite zu treten haben. (Bravo! rechts u. b. d. Natl.) Und dann würden wir zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung unserer eigenen Zukunft und Sicherheit, kämpfen. (Bravo! bei denselben Parteien.) Ich bin fest überzeugt, daß wir bei einer solchen Politik das ganze Volk hinter uns haben werden. (Zeit. rechts.) Wir haben große Interessen bei der Lösung des Streites zwischen der Türkei und den Balkanstaaten zu vertreten. Seit langen Jahren war unsere Politik darauf gerichtet, bei guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Balkanstaaten die Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht zu erhalten und zu stärken. Wir glauben, dadurch der Türkei manchen Dienst erwiesen zu haben, ohne daß wir dabei unsere guten Beziehungen zu anderen Mächten gestört hätten. Diese Politik, die allerdings bei Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges gerade bei uns heftig angegriffen wurde, möchte ich als einen Erfolg vindizieren, daß wir uns während eines Krieges zwischen einem Freunde und einem Bundesgenossen die Sympathien beider zu erhalten gewußt haben. Diese Politik werden wir auch weiter fortsetzen. Wir hoffen, daß unsere bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu den Balkanstaaten durch deren zweifelloses Erlernen, namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht, einen neuen Aufschwung nehmen werden. Dabei wird unser Streben auch ferner dahin gehen, die Türkei nach dem Friedensschluß als wichtigen ökonomischen und politischen Faktor zu erhalten. In diesem Wunsche und Bestreben begegnen wir uns nicht nur mit unseren Bundesgenossen, sondern auch mit anderen Mächten, die sich mit uns die Erhaltung einer wirtschaftlich gesunden Türkei angelegen sein lassen. Dieses Bestreben widerpricht schon an sich dem von der Presse den Großmächten oder einzelnen derselben vielfach untergestellten Wunsche von Landenerwerb auf Kosten der Türkei aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges. Ich kann diese Unterstellung nach den bisherigen Besprechungen unter den Mächten als unrichtig bezeichnen. Der rege Gedankenaustausch unter den Mächten dauert an, und wenn ich auch noch nicht sagen kann, in welchen Formen er fortgesetzt werden wird, so wird er fortgesetzt werden nach den günstigen Ergebnissen, die er schon jetzt gehabt hat, und die eine allseitige befriedigende Lösung unter den Großmächten erwarten lassen. (Beifall rechts.)

Lebedour (S.D.): Ich glaube nicht zu irren, wenn ich aus dem erstauten Stillschweigen, das auf die Rede des Reichskanzlers folgte, und nur durch schwaches Beifallsgemurmel rechts unterbrochen wurde, schließe, daß alle Parteien eine etwas ausgeprägtere Ansicht von dem Reichskanzler in dieser so außerordentlich kritischen Lage für Europa und unser Vaterland erwartet haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ausgeprägtere Ansicht vor allem deshalb, weil die Regierung den Reichstag trotz aller Aufforderung nicht früher zusammengerufen hat. Was wir heute zu hören bekommen haben, waren Allgemeinplätze, waren Platituden. Das hätte jederzeit gesagt werden können, sowohl bei Beginn des Krieges, als auch ein paar Jahre nachher. (Weiterkeit.) Über die Absichten der Regierung, über die Pläne ihrer Bundesgenossen, die zu verteidigen sie sich bereit erklärt hat, haben wir nichts vernommen. Die ganz allgemeine Versicherung von Bundesstreue ist etwas sehr Schönes. Es wird sich aber doch immer darum handeln, für was für Gegenstände diese Bundesstreue betätigt werden soll. Auch nicht mit einer Silbe hat der Reichskanzler gesagt, um welche Kampfobjekte die Bundesgenossen und mit ihnen Deutschland kämpfen sollen.

Und doch hängt davon die ganze Frage ab, ob Deutschland seinen Einfluß zur Bewahrung des Friedens in die Waagschale wirft. Der Reichskanzler hat wieder, wie so oft schon, um die Dinge herumgeredet. Diese Nichtachtung des Reichstags ist eine gräßliche Verletzung der Interessen unseres Vaterlandes. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Eine ausführliche Darlegung unserer auswärtigen Politik wäre umso notwendiger gewesen, als die Regierung seit Jahrzehnten einen unbegreiflichen Mangel an rechtzeitiger Erkenntnis der Weltlage zeigte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) So war die Besetzung von Kiautschou ein Mißgriff. (Widerpruch rechts und bei den Natl.) So zeigte das Telegramm des Kaisers an den Zaren, in dem er ihn als Admiral des Stillen Ozeans begrüßte, wie verkehrt die Leiter der deutschen Politik die Verhältnisse beurteilten. Es folgte die Begünstigung des Sultans von Marokko, und die Rede des Kaisers in Damaskus, worin er den Sultan und allen Mohammedanern versicherte, daß zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein werde. Das war eine leichtfertige Festlegung Deutschlands auf eine wertlose Bundesgenossenschaft, die nicht durchgeführt werden konnte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dieses Versprechen hat den Sultan nicht davor behütet, daß nachher Marokko französisch, Lybien italienisch geworden ist, und daß die Türken jetzt aus Europa so ziemlich restlos hinaus müssen. Solch leichtfertige Versprechungen unserer Hilfsbereitschaft konnten allerdings nur in vollkommener Verfehlung der in der wirtschaftlichen Entwicklung begründeten Kräfte und des Kräfteverhältnisses zwischen der Türkei und ihren Nachbarn abgegeben werden. Diese Verfehlungen hatten zunächst zur Folge, daß in der Türkei das reaktionäre Regiment Abduls Hamids gestärkt wurde. Die deutsche Regierung trägt deshalb einen großen Teil der Mischuld an den verrotten Zuständen in der Türkei, denn ihre Freundschaftsverheerung hat dem Sultan ermöglicht, jahrzehntelang ungestraft diese Mißwirtschaft fortzuführen und auch jede Verbesserung der militärischen Einrichtungen zu unterlassen. Als aber die türkische Armee vollkommen zerrütet war, sind allerdings ein preussischer General und preussische Offiziere nach der Türkei gegangen, und haben dort versucht, den preussischen Drill im türkischen Heer einzuführen. (Weiterkeit b. d. Soz., Unruhe rechts.) Sie mußten aber damit scheitern, weil die Zustände in der Türkei infolge des despotischen Regiments einer sicheren Fäulnis entgegengingen. Dann machte die jungtürkische Revolution den Hamidischen Verbänden ein Ende, und Deutschland trat mit einer „revolutionären“ Partei in Verbindung. Bülow entschuldigte sich damals damit, daß das unblutige Revolutionäre gewesen seien. Kurz darauf aber wurde von diesen „unblutigen Revolutionären“ mit Waffengewalt Konstantinopel gestürmt, und der gute Bülow hatte von alledem keine Ahnung! (Weiterkeit b. d. Soz., Unruhe rechts.) Wenn wir uns darauf verlassen müßten, daß der Frieden in Europa durch die Aktion der europäischen, insbesondere der deutschen, Diplomatie, gesichert würde, dann wären wir verurteilt, den Frieden zu verlassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn jetzt die Aussicht auf Frieden so groß ist, dann hat in der Hauptsache der Umstand das zu bedingt, daß das internationale Proletariat (wacht) in der Mitte des europäischen Kontinents, das internationale Klassenbewußtsein, das eine Gesamtheit von 10 Millionen aufgelaufener Männer und Frauen in Europa umfaßt. . . (Neues Lachen und Lärmen rechts und im Ztr., in dem die Schlussworte dieses Satzes untergeben.) Das Proletariat hat in Basel gesprochen und Sie können sich darauf verlassen, daß es an den Stellen in Europa Einbruch gemacht hat, für die diese Sprache etwas verständlicher war als für Sie! (Gr. Stk. b. d. Soz., das Lärmen auf der Rechten und im Zentrum ist vernehmlich.) Der russische Regierung, dieser gefährlichsten Friedensstörerin, haben die Petersburger Arbeiter durch einen eintägigen Demonstrationstreik zu verstehen gegeben, was Rußland zu erwarten hat, wenn es wagen sollte, das Verbrechen eines großen europäischen Krieges zu begehen. (Bravo! bei den Soz.) Ich weiß mich mit meinen Worten im Einklang nicht nur

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Der Tischler schaute sich um; Meyer und die anderen waren fast eingeschlafen auf den Säcken, die man als Lager ausgebreitet. Er horchte zur Tür hinaus. Draußen rauschte Regen noch so stark wie zuvor, wenn auch der Sturm sich gelegt hatte.
„Der Regen wird anhalten,“ meinte er. „Sie werden wohl noch lange hier warten müssen. Aber der Lebenslauf des armen Tischlers kann Sie weiter nicht interessieren.“
„Doch,“ sprach Hermine und sah ihn bittend an; „es interessiert mich alles, was Sie erzählen.“
Da gab er gerne nach.

Zweites Kapitel.

Des Dorfschneiders Sohn.

Der Tischler setzte sich der Dame gegenüber. Sie pflückte einer gewissen Hast, die ihre innere Bewegung verriet, Nadeln von einem Tannenzweig ab. Er begann ruhig zu erzählen:
„Ganz gewöhnliche Menschen werden das, was ich Ihnen erzählen will, vielleicht auch gewöhnlich finden. Das ist der Welt, sagen sie. Für den aber, der die Dinge nicht oberflächlich beurteilt, ist es ein kleines Bild aus Zeit mit ihrem Elend.“
„Und Sie rechnen mich nicht zu denen, die oberflächlich urteilen?“ warf Hermine ein.
„Ich sehe bei Ihnen einen guten Willen und weniger Urteil voraus, als bei anderen.“
„Das höre ich gern von Ihnen,“ antwortete sie mit einem Lächeln. „Ich möchte gerade von Ihnen nicht verkannt sein.“
Er sah ihr voll in die Augen, dann fuhr er fort:
„Ich heiße Fritz Born und bin der Sohn des Dorfschneiders aus einem kleinen Dorfe in diesem Gebirge, das hier heißt. Der Ort hat den Namen mit der Tat; es ist nämlich so ein Gebirgswinkel. Die Fremden, die dahin kommen, sagen, das Nest liege äußerst romantisch zwischen gewaltigen Felsfelsen eingezwängt. Um das herauszuhalten, muß man sich wohl des Bergnützens halber dort halten; wer im Elend leben muß, dem erscheinen die Berge so leicht romantisch. Und ich habe dort meine schlimmste Tage gesehen.“
„Winkel ist ein altes Bauerndorf, von der modernen Welt noch wenig befaßt, und die Industrie mit ihrer alles verdrängenden Massenproduktion ist noch nicht in jenes west-

ferne Tal gedrungen. Die Bauern jüben sich ihre Frauen im Dorfe selber und die Mädchen heiraten nur selten hinaus; das ist den Leuten so in Fleisch und Blut übergegangen. So ist es ihnen leidlich gelungen, ihren Grundbesitz vor Zersplitterung zu bewahren. Es geht ihnen nicht glänzend, aber sie brauchen auch keinen Mangel zu leiden und wenig oder keinen Hypothekenzins zu zahlen. So sitzen sie auf ihrer Scholle und zäh wie an dieser Heben sie am Hergebrachten; sie sind feindselig und mißtrauisch gegen alles Neue und Städtische.“
„Sie zerstören mir förmlich mein Ideal von dem biederen Landmann,“ meinte Hermine. „Ich hielt ihn für treuherzig und gutmütig.“
„Ich will auch nicht behaupten, daß alle Bauern so sind,“ antwortete Born. „Wo sich die modernen Verhältnisse ihnen nähern, da schreiten sie mit ihnen fort, wenn auch langsam.“
Bei solchen Bauern hat es schon der Schulmeister schlecht, der bei ihnen chwechselnd seinen Kostisch hat, damit sie ihm weniger bares Geld zu geben brauchen; nun erst der Dorfschneider! Meine Familie hatte, soweit wir wissen, dieses ehrliche Amt inne gehabt, und immer hatte der Sohn beim Vater gelernt. Die Bauern hatten sich an uns gewöhnt, denn man machte ihnen die langen blauen Sonntagsröcke schier so dauerhaft wie ihre Lederhosen, und dem Enkel ward gewöhnlich der Konfirmationsstaat aus dem Sonntagsrock des Großvaters zurecht gemacht. Die Bauern tragen dort rote Westen mit gelben Knöpfen und diese wurden von der Familie Born so schön geliefert, daß sich manchmal auch ein Bauer aus einem Nachbarort eine solche bei uns machen ließ. Das sahen aber die Bauern von Winkel wieder nicht gern.“
Mein Vater schlug etwas aus der Art; er war ein aufgewecktes junges Blut und ging auf die Wanderschaft. Da sah er denn, daß ein Dorfschneider, der daheim gelernt hat, in der Stadt keine Rolle spielen kann; er kam nirgend an. Doch Beskring mochte er nicht noch einmal sein; er hatte von seinem gestrengen Vater schon genug „warme Weberschläge“ übers Ohr oder auch mit dem Ellenmaß auf andere Körperteile bekommen. Da wanderte er auf gut Glück fürbarg nach Süden zu, und als er nach der Schweiz kam, gut gewachsen und kräftig, wie er war, da bot ihm einer ein Handgeld, Dienste zu nehmen bei den Alpenjägern des berühmten Generals Garibaldi, und er ließ sich anwerben. Ihm träumte davon, daß er Sergeant und Korporal werden könne oder gar noch mehr.“
Anfangs ließ sich die Sache ganz gut an. Er schlug sich in zwei Gefechten tapfer und erhielt eine Belobigung von

dem General selber; aber er war ein Pechvogel, und in dem nächsten Gefecht fuhr ihm eine Kugel aus dem Steifen eines Tirolers in den Fuß. Zwar ward die Wunde geheilt, aber inzwischen war die große Schlacht von Solferino geschlagen worden, und der Krieg war aus. Mein Vater schleifte den Fuß von da ab etwas nach und konnte nicht mehr dienen. Darum kehrte er heim, seine Hoffnungen waren verschwunden, und auch ihm war beschieden, Dorfschneider von Winkel zu werden.“
Dort kam er nun gerade recht, denn der Großvater war alt und schwach geworden, und der Steffen, wie sie meinen Vater nannten, wurde Dorfschneider. Die Bauern sahen ihn scheel an, aber sie sagten einstweilen nichts, wenn er dabei war. Desto mehr zügelten sie über ihn hinter seinem Rücken, und besonders der Pfarrer, wenn der nach Winkel kam, verwechselte nie, wenn von dem Steffen die Rede war, zu betonen, der Steffen habe unter dem gottlosen Garibaldi gedient, der den heiligen Vater aus Rom vertreiben wolle.“
Der Steffen, ein lustiger Mann, wie er war, lachte zu dem alten und schnitt den Bauern die Röcke, Westen und Hosen gerade so vorsinnlich zurecht, wie sein Vater. Das verhöhnte die Bauern in etwas. Bald hatte er im Dorfe, drei Stunden hinter dem Berg, die Annemarie kennen gelernt, die meine Mutter werden sollte, rosenfarb im Gesicht, mit blonden Zöpfen und blauen Augen, ein sauberes Mädchen, wie man dort sagt —
„Blondhaarig und blauäugig wie ihr Sohn,“ warf Hermine ein.
„Ja,“ sagte er und errötete leicht, „und sie heirateten gleich. Sie brachte ihm nichts zu als eine Truhe voll blütenweißer Wäsche und ein Paar kräftige Arme; aber ihm deutete das genug, er hatte ja seinen Hausstand, wenn auch die Bettladen und Schränke wurmfressig waren und Tische und Stühle schon schief auf den Beinen standen. Es ging doch.“
„Was,“ schrien die Bauern, „er bringt uns auch noch ein fremdes Bettelweib ins Dorf, damit wir sie mit ihrer Brut einmal füttern müssen!“
„Wie gefällig!“ meinte Hermine.
„Ja, ja,“ fuhr Fritz Born fort, „so sehen sich die Dinge manchmal in der Wirklichkeit an. Nach den Dichtern und Philosophen darf man die Existenz des Bauernschneiders nicht beurteilen. Doch es ging einstweilen, denn mein Vater arbeitete fleißig, wenn auch der Ortsvorsteher, der alte gelähmte Hofbauer, immer meinte, mit einem, der bei den Freischaren Garibaldi gewesen, könne es kein gutes Ende nehmen, der müsse ein Lump werden.“

mit der deutschen Sozialdemokratie, sondern mit den sozialistischen Parteien aller Kulturländer. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist der fundamentale Unterschied zwischen uns und ihnen. Sie vertreten zwar hier und da von einander abweichende Auffassungen (Abg. Graf Westarp: Aber niemals ausländische Interessen! Hr. Stft. rechts: Lachen b. d. Soz.) Sie vertreten (Abg. Dr. Eidekm: Weist persönliche Interessen!) immer die Interessen der kapitalistischen Ausbeuter! (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Aber Sie vertreten keine großen allgemeinen Weltinteressen, sie vertreten nicht einmal deutsche Interessen, wenigstens nicht die Interessen des deutschen Volkes. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das deutsche Volksinteresse ist identisch mit dem Interesse des Proletariats der ganzen Welt. Meine Rede könnte sinngemäß, dem Zwecke und der Wirkung nach, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, ebenso gut ein französischer, englischer, italienischer, serbischer oder bulgarischer Sozialdemokrat sagen. (Abg. Kretsch: Na also!) Wenn Sie in Ihrer Interessenverblendung behaupten, das seien ausländische Interessen, so sagen mir Ihnen: das sind proletarische Weltinteressen, die das Proletariat der ganzen Welt in einen Gegensatz bringt zu allen kapitalistischen Interessentenden. Und weil wir die Interessen des gesamten Weltproletariats vertreten, sind wir auch die besten und auf die Dauer entscheidenden Vertreter des deutschen Volkes. (Bravo! bei den Soz.) Der Kanzlerrede war die unbedingte Bundesgenossenschaft mit Österreich zu entnehmen. Er hat nicht in Aussicht gestellt, daß Deutschland auch nur eine Nachprüfung der Berechtigung österreichischer Forderungen vornehmen und davon keine Unterstützung abhängig machen würde. Damit ist unserem Bundesgenossen eine Blankovollmacht gegeben für seine Politik. (Widerpruch.) Wir hätten es aber für dringend notwendig, daß uns hierüber genaue Auskunft gegeben wird. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob dem Erzherzog Franz Ferdinand eine Blankovollmacht gegeben worden ist, mit den magyarischen und österreichischen Magnaten irgendwo einen Krieg vom Zaune zu brechen. Wir haben im Laufe der letzten Zeit leider wiederholt derauf bedenkliche Erscheinungen in der österreichischen Politik zu verzeichnen gehabt, daß das deutsche Volk mit der größten Vorsicht an diese Bündnismöglichkeit herangehen muß. Das deutsche Volk kann verlangen, daß die österreichische Regierung nicht ungerechtfertigter Weise einen Krieg hervorruft. Wie wenig sowohl die österreichische wie die deutsche Regierung die Situation beim Ausbruch des Krieges richtig beurteilt haben, ging daraus hervor, daß sie und die übrigen Großmächte die Wiederherstellung des Status quo verlangt haben. Es hat sich dann herausgestellt, daß dies absolut unmöglich war, die erste Generalblamage der europäischen Diplomatie. (Heiterkeit b. d. Soz.) Das ist ja kein Wunder, denn bei der Diplomatie ist noch immer der glänzende Frack, das goldene Armband und die angenehme Figur die Hauptrolle. (Heiterkeit bei den Soz.) Es wäre sehr gut, unsere Diplomatie mit einem Tropfen demokratischen Blutes und sozialistischen Öls zu salben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Von einer Regierung, die sich im Inland auf allen Gebieten als reaktionär erweist, kann man auch in der Vertretung der auswärtigen Politik nur eine reaktionäre Beeinflussung erwarten. Deshalb werden wir nicht eher zu einer Besserung in unserer diplomatischen Dienst kommen, bis auch im Inland gründlich Umkehr gehalten ist zu den reaktionären Regierungen und Persönlichkeiten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nach den neuesten Nachrichten gewinnt es ja den Anschein, daß die österreichische Regierung von ihren imperialistischen Gelüsten mehr und mehr zurückkommt. Serbien braucht einen Zugang zum Adriatischen Meer, nachdem die österreichische Regierung selbst ihm im Interesse ihrer Agrarier in den verschiedenen Handelsverträgen zu unterbinden versucht hat, seine Landesprodukte zu exportieren. Der Baseler Kongress hat die Notwendigkeit dieses Zuganges zur Adria für Serbien anerkannt, ebenso die volle Selbstverwaltung für Albanien. Die Schaffung eines Balkanbundes soll ja jetzt im Werke sein, dem Albanien und Mazedonien als unabhängige Glieder angehören sollen und die albanischen Häfen sollen für Freihafen erklärt werden. Wenn den Serben durch den Bau von Eisenbahnen der volle Zugang nach diesen Gegenden gesichert wird, würden ihre gerechten Ansprüche erfüllt sein, ohne daß die der Albanen darunter litten. Man spricht jetzt auch davon, den Albanen einen deutschen Prinzen aufzudrängen, und mit Bestimmtheit habe ich gelesen, daß Herr Erzberger nach Wien gereist ist, um dort für einen hellenblauen deutschen Prinzen zu wirken. (Widerpruch Erzbergers.) Ich kann vor diesem Versuch nur warnen. Man sollte es den Albanen überlassen, welche Regierungsform sie sich geben wollen. Wie im übrigen die Balkanstaaten sich über

die Grenzregulierung einigen werden, darüber brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen. Ich warne nur davor, daß irgend ein Versuch Österreichs, dabei territoriale Vorteile für sich herauszuschlagen, von Deutschland unterstützt wird. Wenn Österreich nicht die Kraft hat, sich von der Herrschaft der magyarischen Machthaber zu emanzipieren, und die Forderungen der Südslawen nach Gleichberechtigung zu erfüllen, so wird das über kurz oder lang zur Abspaltung der Südslawen führen. Gerade wer auf das Bündnis mit Österreich zu großes Gewicht legt, muß darauf hinwirken, daß Österreich von seiner gegenwärtigen Politik abkommt, an der es unfehlbar zugrunde gehen muß. Gegen das, was der Kanzler über die Selbstständigkeit der Türkei gesagt hat, haben wir nichts einzuwenden. Wir anerkennen selbstverständlich auch die Unabhängigkeit und Selbstregierung der Türkei. Es handelt sich nun aber darum, ob die Türkei sich in Wien halten können. Es gibt auch in der asiatischen Türkei verschiedene Völkerschaften, die seit Jahren gegen die Despotenwirtschaft des bisherigen türkischen Regiments revoltiert haben. Diese Revolten werden von neuem ausbrechen, wenn die türkische Regierung diesen Völkern nicht das Recht der Selbstverwaltung gibt. Auf diese Reformen in der asiatischen Türkei muß Deutschland hinwirken, wenn es ein wahrer Freund der Türkei sein will. Die Alldeutschen freilich zeigen, wie es nicht gemacht werden darf. Ein alldeutscher Politiker hat verlangt, daß Deutschland an der sterbenden Türkei Leichenfresserei treiben und Kleinasien einheimen soll. Wir warnen vor derartig ungeheuerlichen Plänen. Auch die armenische Gefahr ist in der asiatischen Türkei noch vorhanden. Nun spielt sich ja in Rußland als Befreier Armeniens auf, das selbe Land, das selbst keine Völkerschaften nur als Ausbeutungsobjekte für seine Gewalttherrschaft betrachtet. Wenn Rußland als Befreier auftritt, dann steckt dahinter immer eine neue Ausbeutungsabsicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die phantastische Vorstellung, daß Rußland einen Eroberungskrieg in Europa führen könnte, ist ja vollständig zerstört worden durch den russisch-japanischen Krieg und die russische Revolution. Rußland würde heute in derselben isolierten Lage sein wie gegenüber Japan, wenn nicht die europäischen Regierungen den Jmrit zwischen den drei großen Kulturnationen Europas immer wieder ansuchen würden. Daher ist es erste Aufgabe der Reichsregierung, für die Beilegung des deutsch-englischen Konfliktes zu sorgen. Keine Summe der Friedenspolitik mit moralischen Grundätzen, sondern Befestigung der Ursachen, die immer wieder zu diesem Konflikt führen! Die Panzerplattenpatrioten sind die wahren Feinde des Vaterlandes, denn sie wollen beide Länder in unabsehbares Unglück stürzen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Die industriellen und handelspolitischen Gegensätze zwischen England und Deutschland lassen sich sämtlich auf friedlichem Wege aus der Welt schaffen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die deutsche Industrie hat keinen besseren Abnehmer als den englischen Handel. Wenn der Grundlag der offenen Tür in beiden Ländern und ihren Kolonien durchgeführt wird, so daß jeder Deutsche in England und seinen Kolonien und jeder Engländer bei uns völlig frei wirtschaftliche Unternehmungen betreiben könnte, so entfällt damit aller Anlaß zu kriegerischen Vermählungen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Diese Verständigung muß vervollständigt werden durch eine Begrenzung der Seerüstungen. Beide Staaten müßten übereinkommen, auch in den kommenden Jahren nicht mehr für Marinerüstungen aufzuwenden, als im letzten Jahre. Jeder der beiden Staaten hätte dann immer noch die volle Freiheit der Verteilung dieses Geldes für Neubauten und Wiederausrüstung, aber es würde über diese Grenze nicht hinausgegangen werden, denn das Friedensfördernde und Kriegherbeiführende ist die beständige Seerüstung. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Unser Vorgehen auf Abschaffung des Seebücherechts hat bereits den Erfolg gehabt, daß die britische Regierung nunmehr ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt hat. In Basel bei unserer großen Friedensfundgebung im Münster, und auch im Kongress, den die Baseler Regierungsbehörden begrüßt haben, ist es uns so recht zum Bewußtsein gekommen, wie außerordentlich kulturell vorgegriffen die kleine Schweiz doch gegenüber dem großen Deutschen Reich ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gerade bei dem Balkankriege haben wir wieder gesehen, daß die Geiseln aller Konfessionen zu den Kriegshetzern gehören. Ganz im Gegensatz dazu hat im Baseler Münster der protestantische Pfarrer Lächler dargelegt, daß der Krieg aus Selbstsucht, aus falschen Ehrgeizen, aus Ländereigen und Großmännlichkeit entsteht, daß er die Entfesselung der niedrigsten Triebe ist. Die Behandlung der Verwundeten ist menschlicher geworden, die Kriege selber aber werden un-

menschlicher. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Denken Sie an die Scheußlichkeiten des Balkankrieges, an die gräßliche Niedermechelung friedlicher Landbewohner. Hoffentlich wird die Regierung darauf dringen, daß für solche Scheußlichkeiten eine Entschädigung wenigstens an die Überlebenden gezahlt wird. Der moderne Krieg ist ein Maschinenmord im Großen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Schluß dieser Rede des protestantischen Geistlichen ist für uns besonders wertvoll. Er sagt, daß die Diplomaten für die Herstellung des Friedens in der Welt nichts tun und daß deshalb die Friedenshoffnungen auf den Friedensströmungen der internationalen Arbeitermassen liegen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das sind wahrhaft christliche Worte. Hoffentlich kommt auch einmal der unfehlbare Papst zu dieser Erkenntnis und dann erleben wir vielleicht auch in der Peterskirche in Rom einmal eine große sozialistische Friedensdemonstration. (Heiterkeit.) Die Entscheidung liegt beim Proletariat. Die internationale Sozialdemokratie wird mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, den Ausbruch eines Krieges verhindern. Sollte gegen unseren Willen ein Krieg angezettelt werden, so werden wir einmütig einen baldigen Frieden zu erreichen suchen. Darauf können Sie sich verlassen. (Lachen rechts.) Wir haben es an Rußlands Schicksal nach dem mandschurischen Kriege gesehen, wie dort das Klassenbewußte Proletariat die Klassenherrschaft an ihren Grundfesten erschüttert hat. Dieses warnende Beispiel sollten sich alle Machthaber der Welt merken. Das Proletariat wird sich nicht mehr für irgendwelche Ausbeuterinteressen willenlos zur Schlachtbank führen lassen. Die Zeit wird kommen, wo das Proletariat so stark ist, daß es ein für allemal mit solchen Zuständen ein Ende machen wird und den Machthabern, die zu solchen Scheußlichkeiten bereit sind, die Macht aus den Händen nehmen wird. Nicht, daß wir irgendwie zu Gewaltmaßnahmen schreiten wollen. Innerhalb des Rahmens der heutigen Zustände werden wir Schritt für Schritt auf die Umgestaltung der Verhältnisse hinarbeiten. Wir wollen eine friedliche Revolutionierung. Aber wir verschließen uns der Einsicht nicht, daß die herrschenden Klassen in letzter Stunde zu Gewaltmaßnahmen und zur Unterdrückung der sozialistischen Bewegung greifen können und dann werden auch wir Sozialdemokraten gezwungen, die Gewalt mit der Gewalt zu überwinden. Also greifen Sie nicht zur Gewalt, Sie würden dadurch nur ein Strafgericht über sich selbst und über die ganze kapitalistische Gesellschaft heraufbeschwören. Denn darüber sind sich alle Sozialdemokraten in der ganzen Welt klar, daß der Sozialismus kommen muß als ein Resultat geschichtlicher Notwendigkeiten, als das notwendige Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Und alle Sozialdemokraten der ganzen Welt sind fest entschlossen, alles aufzubieten, um diese Entwicklung zu fördern und zu einem guten Ende zu bringen. So wissen wir in der opferwilligen Tatkraft der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Europas und der Kulturwelt nicht nur die Sicherung des Weltfriedens, sondern das Glück der ganzen Menschheit begründet. (Bravo! bei den Soz.) Staatssekretär des Äußern v. R i d e r l e n - W a e c h t e r: Der Abgeordnete Ledebour hat Angriffe gegen den uns befreundeten Herrscher eines großen Nachbarreiches gerichtet, mit dem wir in Friede und Freundschaft leben und zu leben wünschen. Diese unmotivierten Angriffe weise ich zurück. (Beifall rechts.) Der Abg. Ledebour hat weiter die Regierung ermahnt, ihre Beziehungen zu anderen Staaten zu bessern, und hat ihr dabei den Vorwurf gemacht, einen Zwist mit England zu nähren. Diese Angriffe sind mir ein willkommenes Anlaß, auszusprechen, daß während der ganzen letzten Krisis unsere Beziehungen zu England besonders vertrauensvoll waren. Die offene, von vollem Vertrauen getragene Aussprache zwischen London und uns hat nicht nur eine erste Intimität unserer Beziehungen hervorgerufen, sondern sie hat auch einer Verständigung aller Mächte gute Dienste geleistet. Ich hoffe, daß sie das auch weiter tun wird. (Beifall, Zustimmung b. d. Soz.) Und die Seerüstungen? Dr. S p a h n (Z. [schwer verständlich]): Es handelt sich für uns natürlich nur um die Möglichkeit eines Defensivkrieges Österreich-Ungarns, und für den Fall müssen wir Österreich zur Seite stehen. (Beifall.) Wir haben ein Interesse daran, daß uns der Weg nach Kleinasien über Österreich und dem Balkan offen bleibt. Auf territoriale Ansprüche hat Österreich ausdrücklich verzichtet und die sozialdemokratischen Angriffe auf seine Politik sind daher unbedeutend. Wenn Österreich eine Rückwirkung unserer Außenpolitik auf seine inneren Verhältnisse befürchtet, so darf es sehr wohl bei uns anfragen. Das ist keine Einmischung in unsere innere Politik. Der Redner fordert weiter, daß bei der Neugestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan die verschiedenen Konfessionen gleichmäßig berücksichtigt werden.

Soll gütige Reden kamen denn meinem Vater wieder zu Ohren, und er ließ sich am Sonntag in der Wirtschaft auch manchmal gehen und sagte Dinge, die den Bauern nicht lieblich zu hören waren; so bekam er Feinde unter den Dorfgeschwäggen, und sie lauerten nur auf eine Gelegenheit, ihn wegzubringen.

Inzwischen kam der Familienzwang. Ich ward als der Älteste geboren, dann kamen Zwillinge und so fort, jedes Jahr ein mehr, und in fünf Jahren waren es schon sechs Mäuler, mit den Eltern acht. Da gab es schmale Bissen, und der Vater mußte arbeiten vom Sonnenaufgang bis in die liebe Nacht. Er war froh, wenn er zu tun hatte, und wenn es das elendeste Gliedwerk war.

Daß die armen Leute immer so viele Kinder haben! war Hermine ein.

Entschuldig Sie, wenn ich Ihnen das erzähle, wie man sich auf dem Dorf verhält, antwortete der Tischler. Die ehelichen Feinde, so sagt man dort, sind das Zuckerbrot der armen Leute.

Hermine schlug die Augen nieder, er aber fuhr fort: Ich hätte das nicht gesagt, wenn Sie mich nicht gefragt hätten, aber es liegt eine gewisse Wahrheit darin, und ohnehin haben die armen Leute des ehelichen Leids genug zu tragen, wenn sie den Hunger der Kinder stillen und ihre Kräfte bedenken sollen.

Und gerade, als man es am wenigsten brauchen konnte, da kam das Unglück.

Das des Hofbauers Gut diente eine Magd, die schwarze Crescenzia, die war schön und dippig von Gemüt, aber frech und argelassen. Man sagte, des Hofbauers ältester Sohn habe eine heimliche Liebhaft mit ihr, und die Crescenz, wie sie war, machte auch kein Hehl daraus, daß sie in der Hoffnung sei. Da gab es ein Mädchen und ein Mädchen, aber die Crescenz sah einen jeden fast ins Gesicht, und sie hatte die höhere Junge vor allem lieb, sie konnte von manchem Bauer und wascher Bauern Dinge erzählen, die ihnen nicht angethan zu hören seien.

Des Hofbauers Sohn ließ mit einer geschwellenen Rede umher und sah häufig drein. Der Alte hatte ihn in die väterliche Faust genommen. Mein Vater, der den übermäßigen Dorfgesprächen nicht leiden konnte, ließ ihn auf der Straße stehen zu.

Sie auch vom verbotenen Apfel gegessen und ist Dir nicht bekannt. Sieh Dich künftig besser vor!

Der Dorfprinz aber sagte gütig: Sieh nur Du zu, Dorfgeschwäggen, daß es Dir nicht gar zu heiß bekommt, wenn sie eines anderen Dorfgeschwäggen

einsehen. Dann wird bei Dir erst der Schmahans Küchenmeister sein!

Mein Vater hielt dies für eine leere Drohung, aber schon am nächsten Tage erfuhr er, es werde ein anderer Dorfgeschwäggen kommen und der werde die Crescenz heiraten. Den nächsten Sonntag würden sie schon getraut werden, und die Braut betame von dem Hofbauer auch ein Heiratsgut mit.

Es war ja; der neue Schneider richtete sich ein, und mit einem Särlage blieben sämtliche Bauern von meinem Vater weg. Alles hielt sich an den neuen Schneider, den alten wollten sie aus dem Dorfe treiben.

Erlassen Sie mir die Schilderung der Not, die nunmehr über uns hereinbrach. Mein Vater kämpfte verzweifelt gegen sein Schicksal — umsonst. Wie oft mußten wir den bittersten Mangel leiden. Meine gute Mutter starb —

Er barg sein Gesicht in die Hände. Hermine sah ihn teilnehmend an.

Meine Mutter starb im Rosenbett, nachdem sie ein totes Kind geboren. Der Jammer und die Not, die über uns hereinzerstoben, hatten ihr Teil daran. Und gerade an demselben Tage wurde uns die Weisung erteilt, sofort die Wohnung zu räumen, denn mein Vater hatte schon seit langer Zeit keinen Mezzins mehr bezahlen können. Die alte hartberigete Bäuerin, die Hausbesitzerin, die weithin als ein böses Weib verhasst war, hatte nur auf den Augenblick gelauert, da sie uns hinausbringen konnte aus dem armenlichen Hauschen.

Wir wählten nicht, was tun; der Vater war in wilder Verzweiflung, bald verlor er in jähem Schweigen, bald ergriff er sich wieder sein Schicksal. So verbrachten wir die Nacht, die hellste meines Lebens. Drinnen in der Kammer lag die tote Mutter mit dem toten Kind, und hier saß der traurige Vater mit den lebendigen Kindern, denen er in jeder Verzweiflung wohl wünschte, es möchte ihnen so wohl sein, wie dem toten Bubenchen. Mir war immer, als müßte die Mutter aus der Kammer heranstreten, wie immer, und fragen, warum wir noch nicht zu Bett gingen. Aber sie kam nicht.

Den andern Tag ging der Vater zu dem Ortsvorsteher an das Rathaus und meldete den Tod seiner Frau an.

„Steffen,“ sagte der Ortsvorsteher, „ich hab's Euch gleich gesagt, daß Ihr auf keinen grünen Zweig kommt. Jetzt müßt Ihr natürlich mit Euren sechs Mäulern der Gemeinde zur Last fallen.“

Mein armer Vater, von tausend Schmerzen gefoltert, hätte sich beinahe zu einem wilden Ausbruch hinreißen lassen. Aber er dachte an die hungrigen sechs Mäuler und bezwang sich.

„Hofbauer,“ sagte er ruhig, „ich will nur noch mein Weib begraben, dann geh' ich fort, um mir wieder Arbeit zu suchen.“

„Und die Rangen laßt Ihr der Gemeinde auf dem Hals,“ schrie der Bauer. „So geht's in unserer Zeit; die Lumpen müssen von den ordentlichen Leuten erhalten werden, und wenn nicht sie selber, doch ihre Brut.“

„Ihr wisset wohl, daß ich gern arbeiten möchte,“ sagte mein Vater, „aber man hat ja den Mann der Crescenz verlorren müssen.“

„Ihr wollt rasonnieren,“ schrie nun der Hofbauer. „Nehmt Euch in acht!“

Mein Vater sah ein, daß er hier den Topf nicht zum Überlaufen bringen dürfte. Er bat nur um einen Armenjag für seine Frau und sein Kind, was ihm unter Brummen und Schelten zugesichert wurde.

Wir hatten niemand, gar niemand zur Hilfe; so mußte mein Vater sein totes Weib selber und liebkete sie in ihr bestes Gewand. Wir Kinder hatten inzwischen Blumen gesucht draußen am Bergeshang; auf den Weisen hätten wir uns nicht getraut, auch nur ein Gänseblümchen zu pflücken, wegen des großen Flurschühen. Wir fanden wilde Heidenrosen, Heideblümchen zwischen den Felsen und Bergknieknien am Bach. Daraus banden wir zwei kleine Sträuße und einen großen mit unseren kleinen, ungeklärten Händen; den einen Strauß legten wir der Mutter in den Sarg, den andern dem kleinen Bubenchen, den großen aber legten wir auf den Sarg der Mutter, der aus groben tannenen Brettern bestand und den zugudecken man kein Tuch hatte. Ich sehe heute noch, wie der Strauß aus Heideblumen und wilden Rosen auf dem Sarg lag; die schlecht behobelten Bretter machten einen schrecklichen Eindruck.

Ein Pfarrer war zu dem Begräbnis nicht gekommen. Dagegen kamen zwei fremde Bauernknechte, welche die Gebeine gehandelt, um den Sarg der Mutter hinauszutragen; den Sarg des Kleinen trug der Vater selbst. Ich setz nebenher; dies war das Leichengefolge, denn niemand vom Dorfe ging mit. Aus den Fenstern sahen einige neugierige Gesichter, aber kalt und höhmütig, denn niemand tut es dem wohlhabenden Bauern gleich im Hochmut gegen den, der nichts hat; den schont er auch nicht im Tode.

(Fortsetzung folgt.)

Graf Ranik (K.): Die beste Friedensgarantie ist die Sinnlichkeit eines Volkes, das geschlossen hinter seiner Regierung steht. (Zust. rechts.) Angehts der gespannten Situation konnte der Kanzler nicht mehr sagen. Hoffentlich kommen bei der Neuordnung der Dinge auf dem Balkan die deutschen Interessen nicht zu kurz. Von willensloser Gefolgschaft unserer Regierung gegenüber Österreich kann nicht gesprochen werden. In Freundschaft für Rußland haben wir es nie fehlen lassen und wir wünschen, daß das alte Freundschaftsverhältnis zu Rußland bald wieder hergestellt wird. (Beifall rechts.) Der Redner schließt mit der Verlesung einer Erklärung, in der die Bereitwilligkeit der konservativen Fraktion ausgesprochen wird, die bereits bewilligten Heeresverstärkungen eventl. noch früher durchzuführen. (Lebh. Beifall rechts und im Zentrum.)

Wasserfall (K.): Nicht die internationale Sozialdemokratie verbürgt den Frieden, sondern die Vernunft der Kabinette und Völker. So ganz einzig ist sich die Internationale auch nicht, denn die italienischen Sozialdemokraten waren für den Tripolierkrieg. Die deutsche Orientpolitik war durchaus erfolgreich und ein Werk des zu früh verstorbenen Vorkämpfers v. Marschall. Eine Einmischung in unsere inneren Verhältnisse wegen der Bolenspolitik weisen wir zurück. Es handelt sich da um eine innerpreußische Frage. (Bravo! rechts u. l. d. Natl.) Sollte unser Bundesgenosse Österreich angegriffen werden, so werden wir hinter ihm stehen. (Bravo!) Auch wir wünschen ein besseres Verhältnis mit England. Aber zu Jubelliedern ist es noch zu früh. Die Vorfrage fordert eine abwartende Politik. (Zust.) Von einer extravaganten Abenteuerpolitik Österreichs im Orient kann nicht gesprochen werden. Es begnügt sich jetzt mit der Forderung eines selbständigen Albanien. Lassen wir, wie die Sozialdemokraten fordern, Österreich im Stich, so treiben wir es der Trippelente in die Arme. Das aber liegt nicht im deutschen Interesse. (Sehr richtig!) Die sozialdemokratischen Angriffe auf Österreich beweisen nur eine maßlose Unerzogenheit. (Beifall rechts, im Zentrum und bei den Liberalen.) Der Balkankrieg hat die Bedeutung der schonungslosen Offensive gezeigt. Daher müssen auch wir für den Ernstfall die Garantie einer raschen Mobilisierung haben. Bekendete Lücken müssen ausgefüllt werden. Dazu gehört die Schaffung einer deutschen Luftflotte, die uns den vom Grafen Zeppelin errungenen Vorsprung erhält. (Bravo!) Für die Diplomatie wünschen wir nicht, daß der Adel aus ihr entfernt wird. Aber der Zugang zur Diplomatie soll auch weiteren Schichten des deutschen Bürgertums eröffnet werden. Im übrigen leben wir überall Erwerbungen. Österreich, Italien, Rußland, England erwerben, wir gehen leer aus. Die Hauptlücke ist bei der auswärtigen Politik, daß die Regierung das Volk hinter sich hat. Dazu aber ist notwendig, daß die Regierung die Volkvertretung häufiger über auswärtige Angelegenheiten informiert. Ein Rüstungsabkommen mit England lehnen wir nach wie vor ab, denn es kann nur die Quelle von Streitigkeiten werden. Wir hoffen auf den Frieden, unser Volk ist friedliebend, aber es will auch kriegsbereit sein. (Beifall b. d. Natl.)

Schulz (Rp.): Der Dreibund hat sich in der letzten Zeit wieder einmal glänzend bewährt. Die auswärtige Politik der Sozialdemokraten bestand nur darin, die serbischen Großmachtgelüste zu unterstützen. Selbst das „Berliner Tageblatt“ hat bedauert, daß der „Vorwärts“ die Behandlung der Auslandspolitik unklaren Wirrflüßeln überläßt. Wo die Phrase aufhört, hört das sozialdemokratische Können auf. (Lachen b. d. Soz. und Jurist.) Das sagt d. r. Mann! Die Friedensdemonstrationen der Sozialdemokraten können nur schädigend wirken, denn sie erwecken im Ausland ein falsches Bild von den Absichten unserer Politik. (Lachen b. d. Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Besprechung auf Dienstag 1 Uhr. Vorher kurze Anfragen.
Schluß 6½ Uhr.

Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 2. Dezember.

Der Wortführer Dr. Görh eröffnete die Sitzung um 6 Uhr 20 Minuten.

Zunächst werden die Ergänzungswahlen zum Bürgerausschuß vorgenommen. Dazu bemerkt

Löwig, daß der Zettel, auf dem auch Dr. Schlomer verzeichnet steht, anscheinend das Produkt einer Verwirrung von Bürgerchaftsmitgliedern sei. Wir sind der Ansicht, daß es richtig sein wird, neben Dr. Schlomer noch einen weiteren Vertreter der zweitklassigen Bürger auf die Liste zu setzen. Ich schlage dazu meinen Kollegen Stellung vor. Bei der Stärke der sozialdemokratischen Fraktion in der Bürgerchaft, die von 120 Vertretern ein Zwölftel der Sitze innehat, ist es nur gerecht, wenn ihr auch im Bürgerausschuß das gleiche Stärkeverhältnis zugeordnet würde. Eine zu starke Vertretung würde sie dadurch sicherlich nicht erhalten. Zu berücksichtigen ist ferner, daß hinter den zweitklassigen Vertretern die große Mehrheit der Lübecker Bevölkerung steht. Unsern Vertretern ist es nicht möglich, im Bürgerausschuß stets anwesend zu sein, da sie doch auch einen Beruf auszuüben haben. Wir legen jedoch großen Wert darauf, daß immer Vertreter der zweiten Klasse bei den Bürgerausschußverhandlungen zugegen sein können. Deshalb ersuche ich, neben Dr. Schlomer noch Stellung zu wählen.

Aug. Wape betont, er habe keinen Zettel zugesandt bekommen und bezweifelt nach der Antwort des Wortführers, da das Präsidium keine Zettel ausgegeben habe, die geheime Wahl zu dieser Körperschaft.

Gewählt wurden: G. Boie, Joh. Evers, Dr. Grube, Hahn, Dr. Hartwig, Heise, Dr. Röhde, Klein, Lau, Mangels, Swan Meyer, Kolenquitt, Dr. Schlomer mit 67 Stimmen, Wandke. Stellung erhielt 20 Stimmen.

1. Antrag: Erhöhung des Kostgeldtarifs des Allgemeinen Krankenhauses und Neuordnung der Anstellungsverhältnisse der Oberärzte. (Fortsetzung der Beratung in voriger Sitzung.)

Dr. Benda begründet seine gestellten Anträge, die den Gehalt des Oberarztes der chirurgischen Abteilung und die Übergangszeit betreffend. Die Bürgerchaft hat ein großes Interesse, einen tüchtigen Oberarzt zu gewinnen. Ein solcher lasse sich nicht auf sechsmonatige Kündigung ein, sondern verlange Anstellung auf Lebenszeit. Der Bürgerausschuß habe allerdings darauf hingewiesen, daß der Oberarzt ja eine beträchtliche Summe außerhalb der Krankenhausstätigkeit verdienen und deshalb eine genügende Entschädigung habe. Doch dieser Standpunkt sei nicht zutreffend. Die Pensionfähigkeit soll erst in Kraft treten, wenn er ausschließlich für das Krankenhaus tätig sei. Der chirurgische Oberarzt soll erst im Jahre 1917 festangestellt werden. Bis dahin soll seine Anstellung mit 6000 Mk. und sechsmonatiger Kündigung erfolgen.

Mühsam bittet den Satz zu streichen, der dem Oberarzt auch dann das Recht gibt, Honorar von Patienten zu verlangen, wenn die Operation von seinen Vertretern ausgeführt wird. Andernfalls müßte er gegen die Vorlage stimmen.

Heinsohn wünscht dem Vorredner bei Wohl könne dem Oberarzt nicht verweigert werden, eine besondere Ent-

schädigung zu verlangen, nicht aber dürfe ihm das Recht zu gestanden werden, für alle Operationen, die nicht von ihm vorgenommen wurden, Entschädigung zu fordern. Die Übergangsfrist wünscht Redner nur bis zum 31. Dezember 1915 hinausgeschoben. Er stellt einen dahingehenden Antrag.

Mühsam stellt zu § 5 den Abänderungsantrag, daß für solche Operationen, oder ihnen gleichwertende chirurgischen Verrichtungen, die nicht selbst vom Oberarzt ausgeführt würden, das Geld an die Verwaltung übergeführt werden soll.

Senator Straß glaubt, durch solche Einschaltungen würde ein Unikum geschaffen, wie es auf der ganzen Welt nicht anzutreffen wäre. Man wolle natürlich dadurch bezwecken, die Operationen möglichst vom Oberarzt ausführen zu lassen. Das könne nicht in jedem Falle bewerkstelligt werden.

Mühsam ist durchaus nicht dagegen, daß die Oberärzte für außerordentliche Leistungen in der 1. und 2. Klasse besondere Vergütungen bekommen, nicht aber für Leistungen der Assistenzärzte. Die Assistenzärzte seien keine Angestellte des Oberarztes, sondern des Staates und hätten die Verpflichtung, zugewiesene Arbeiten zu leisten. Ein Unikum sei dies nicht, wie der Senat glaube. Der Kranke soll nicht frei behandelt werden, sondern der Staat soll den Vorteil haben. Unsympathisch sei der ganze Paragraph.

Dr. J. Meyer erklärt diese Ansicht als graue Theorie. Im Bürgerausschuß seien alle Herren der Überzeugung gewesen, daß man im Prinzip dem Senatsantrag zustimmen müsse. Andere Krankenhausdirektoren hätten dem Senat den Rat gegeben, sich nicht in das Verhältnis zwischen Oberarzt und Assistenzärzten zu mischen. Die Verwaltung komme dadurch in eine unangenehme Lage. Man sollte es beim Senatsantrag bewenden lassen.

Dr. v. Brocken: Im Mühsamschen Antrag sei dem eventuellen Mißbrauch vorgebeugt. Würde man dem Antragsteller folgen, dann würden sich die Vertreter des Oberarztes nur mit der dritten Klasse zu beschäftigen haben, und die 1. und 2. Klasse hätte ein Verbot der Assistenzärzte bei Operationen. Unter Umständen, wenn Eile nottue, sei ein Eingriff des Assistenzarztes nicht zu umgehen. Man sollte diese Regelung der Dienstordnung überlassen. Die dritte Klasse habe in gleicher Weise Anspruch auf den Oberarzt bei wichtigen Operationen.

Dr. Ziehl stellt erklärend fest, daß in der Privatpraxis nicht mehr wie früher der Hausarzt auch die Liquidation seines Stellvertreters einreiche, sondern diese von jedem Arzt besonders ausgestellt werde. Wenn ein Kranker den Oberarzt im Allgemeinen Krankenhaus besonders bezahlen soll, könne er auch verlangen, von ihm behandelt zu werden. Über der Oberarzt eine große Privatstätigkeit ausbleibe ihm allerdings nicht allzuviel Zeit für die Behandlung der Patienten dritter Klasse. Und diese Patienten hätten doch auch Anspruch auf des Oberarztes Hilfe, denn sie seien gezwungen, auf Anordnung der Krankenkasse das Krankenhaus aufzusuchen, wollten sie nicht aller Unterstützungsanprüche verlustig gehen. Bis zum 31. Dezember 1915 könnte man die Übergangszeit ruhig ablären.

Hoff ist der Ansicht, daß die Bestimmungen der Vorlage leicht zu Mißverständnissen führen können. Die ersten und zweitklassigen Patienten könnten kommen und sagen, es sei in der Vorlage nicht angeführt, daß auch die Leistungen der beiden Vertreter der Oberärzte bezahlt werden müßten. Die Meinung Dr. J. Meyers, daß durch eine derartige Bestimmung die Assistenzärzte aufgereizt würden, auch anderwärts Forderungen zu stellen, dürfe für uns nicht maßgebend sein. Es könne doch sehr leicht der Fall eintreten, daß der Oberarzt verreist sei und der Assistenzarzt die Operation an einem erstklassigen Patienten vornehmen müsse, dann hätte der Oberarzt einen Vorteil, der ihm nicht gebühre. Da kann auch der Assistenzarzt für besondere Leistungen, die dem Oberarzt vergütet werden, etwas beanspruchen. Dem Antrag Heinsohn stimme ich zu, nachdem ihn auch Dr. Ziehl als Sachkenner befürwortet hat. Die Übergangszeit soll möglichst kurz sein, damit die Kranken darunter nicht zu leiden brauchen. Redner stellt den Abänderungsantrag, nach dem den beiden Oberärzten sowie ihren Vertretern bei Operationen und solchen gleichzeitigen chirurgischen Verrichtungen bei den Patienten 1. und 2. Klasse besonderes Honorar zu zahlen ist.

Senator Straß: Man sollte dem Arzt noch eine gewisse Zeit lassen, nach Fertigstellung des Neubaus sich erst den ungeänderten Verhältnissen anzupassen und sich einzuleben, ehe man zur Festanstellung schreitet.

Dr. Eschenburg glaubt, durch Annahme des Mühsamschen Antrags würde im Krankenhaus große Unruhe geschaffen. Eine frühe Festanstellung wäre zu begrüßen, man müsse sich aber fragen, ob der Oberarzt in der Lage sei, die Neuordnung so bald einzuführen. Erwünscht sei der Zeitpunkt 1915, doch nicht möglich. Vielleicht könne man das Jahr 1916 festlegen.

Dr. Kähler: Den Antrag Hoff bitte ich abzulehnen, trotzdem der Senatsantrag zu Zweifeln Anlaß gibt.

Dr. J. Meyer: Bei Annahme des Hoff'schen Antrags wäre es auch den Assistenzärzten gestattet, Honorierungen für Patienten der ersten und zweiten Klasse entgegenzunehmen. Von diesem Vorgehen rate ich ab. Die Übergangszeit soll so kurz wie möglich bemessen werden, vor dem 1. Dezember 1917 darf sie jedoch nicht beendet sein.

Senator Straß hält Hoff's Antrag für vollständig unannehmbar. Wie sollte es gehalten werden, wenn zwei Ärzte die Operation ausführen?

Mühsam: Richtig ist es auch nicht, daß der Oberarzt liquidiert und nachher dem die Operation ausführenden Assistenzarzt die Summe ausbezahlt. In meinem Antrag liegt gerade der Frieden für das Krankenhaus. Wenn die Hilfsmittel, die vom Staate gestellt sind, in Anspruch genommen werden, dann ist's auch angemessen, dem Staat wieder etwas zuzuführen.

Senator Straß rät wiederholt vor den Abänderungen ab. Überall hätten sich die vorgesehenen Verhältnisse bewährt.

Heinsohn hält die Übergangszeit bis 1915 für lange genug.

Jenne steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, nicht über das hinauszugehen, was vom Senat beantragt ist. Schon im Hinblick auf unsere Finanzen. Alle Abänderungsanträge solle man ablehnen und den Senatsantrag annehmen.

Lippert: Nötig ist doch, die besondere Bemerkung anzubringen, daß das Einkommen des Oberarztes aus seiner privaten Tätigkeit nicht pensionsfähig ist. Es könnte sonst doch ein rechtlicher Streit darüber entstehen. Auch bei den pensionsfähigen Assistenzärzten müßte wohl etwas derartiges geschaffen werden.

Senator Dr. Fehling hält ein Mißverständnis für ganz ausgeschlossen.

Dr. v. Brocken: Durch unser Gesetz wird die Einnahmequelle des chirurgischen Oberarztes bedeutend verringert. Dazu trägt bei die Beschränkung auf die eigentliche Operation, die Ansetzung nur des hälftigen Tarifs der Medizinaltage bei zweitklassigen Patienten, und die völlige Unabhängigkeit der eigentlich Zahlungsfähigen, sowohl vom Allgemeinen wie vom katholischen Krankenhaus. Deshalb ist die Pensionsfähigkeit berechtigt.

Aug. Wape: Durch Annahme des Antrages von Mühsam wird dem Krankenhaus auch etwas zugeführt. Die Oberärzte haben ja ihr festes Gehalt. Wir sprechen hier nur von den paar Ärzten und haben doch das Interesse der Allgemeinheit wahrzunehmen. Den Ärzten etwas Besondere zuzuschreiben, haben wir keinen Anlaß, wenn wir ihnen ein genügendes Gehalt gewähren. Den Unterbeamten wird doch in der Regel auch der Nebenverdienst verboten. Die Übergangszeit eines Jahres ist lange genug. Wenn ich boshaft sein wollte, könnte ich beantragen, den Übergang auf Lebenszeit festzulegen.

Senator Dr. Fehling: In der Vorlage finden die Vorwürfe des Herrn Wape nicht die mindeste Grundlage.

Senator Straß: Es steht doch ausdrücklich in der Vorlage, daß von einer Pensionsfähigkeit des Oberarztes solange nicht die Rede ist, als er Privatpraxis ausübt.

Dr. J. Meyer: Assistenzärzte kommen nur hierher, wenn ein ganz tüchtiger Oberarzt festangestellt wird. Die Vorsteherchaft hatte bisher über Assistenzärztemangel zu klagen. Günstige Urteilsbedingungen für den Oberarzt müssen geschaffen werden. Bleiben Sie bei der Vorlage.

Heinsohn weist auf die rasche Dauerledigung des Krankenhauses hin, die eine verkürzte Übergangszeit zulasse.

Abgelehnt werden die Anträge von Hoff und Mühsam. Der Senatsantrag zu § 4 wird angenommen.

Dr. Ziehl verweist auf die Auslegung: „konsultative Praxis“. Darunter verstehe er, daß der Oberarzt mit einem anderen Arzt auf Wunsch eines Kranken am Krankenbett zusammenkommen darf, um die Krankheit festzustellen; der Oberarzt darf ferner eine Sprechstunde im eigenen Hause abhalten, aber den Kranken nicht dauernd behandeln, sonst würde er vom Krankenhaus zu viel abgehalten.

Senator Straß: Das ist im wesentlichen die Ansicht des Senats.

Loose steht wieder diesem Punkte eine Unklarheit der Vorlage. Eine solchen Praxis dürfte nur unentgeltlich stattfinden.

Senator Straß: Für die Bevölkerung Lübecks ist eine solche Tätigkeit von großer Bedeutung, sie darf dem Oberarzt nicht abgeschnitten werden.

Aug. Wape weist auf die großen Einnahmen aus dieser Praxis hin. Unter solchen Umständen sollte keine Pensionsberechtigung stattfinden oder man müßte die Oberärzte so stellen, daß sie darauf verzichten.

Senator Straß: Wenn Sie dem chirurgischen Oberarzt das Gehalt noch so hoch festsetzen und Sie entziehen ihm diese private Tätigkeit, werden Sie keinen tüchtigen Mann bekommen.

Der Antrag von Dr. Benda wird abgelehnt. Angenommen wird dagegen der Antrag des Senats, in dem Pensionsfähigkeit des chirurgischen Oberarztes nicht enthalten ist.

Dr. Ziehl wünscht kurze Übergangszeit, um einem lang gehegten Uebelstand abzuheifen. Dem Interesse der Kranken dritter Klasse müsse man näherkommen; man spreche bis jetzt nur vom Interesse des Oberarztes. Die Patienten dritter Klasse müßten nun auch in die Lage kommen, vom Oberarzt behandelt zu werden.

Dr. J. Meyer bittet, bei der Vorlage zu bleiben. Es sei auch fraglich, ob der jetzige Oberarzt unter diesen Bedingungen zu haben sei.

Kosenquitt ermahnt die Handwerker, ihre Interessen ebenso wahrzunehmen wie die Ärzte ihre Standesinteressen. Senator Straß hält vor 1916 das Ende der Übergangszeit nicht für geboten.

Dr. Benda lehnt nach Nichtannahme seines Antrages eine verkürzte Übergangszeit ab.

Aug. Wape hält diese Zeit bis 31. Dezember 1917 für ausreichend. Am Senator Straß einmal eine Schmeichelei zu sagen: er habe die Straßenbahn in Schwung gebracht; es gelinge ihm das auch wohl beim Krankenhaus bei verkürzter Übergangszeit.

Der Senat rät davon ab.

Der Antrag Heinsohn, die Übergangszeit bis 31. Dezember 1915 zu bemessen, wird angenommen.

Schneider stellt das Ersuchen an den Senat, bis zum 31. Dezember 1915 der Bürgerchaft eine Vorlage über die Verwaltungsregelung vorzulegen.

Das Ersuchen wird angenommen.

Das ganze Gesetz wird hierauf mit den Abänderungen angenommen.

2. Antrag: Einbau eines zweiten Verbrennungsofens im Krematorium.

Jenne hat gegen den Einbau nichts einzuwenden, obwohl die Anzahl der Einäscherungen nur gering war. Es sei aber notwendig, uns auf die Mittel des Etats zu beschränken. Man solle den Betrag genehmigen mit der Bestimmung, den Betrag von 11 300 Mk. ins nächstjährige Budget einzustellen. Der Ofen werde dadurch nicht später fertiggestellt.

Aug. Wape ersucht, den Antrag sofort anzunehmen. Der Feuerbestattungsverein schaße dem Staate gerade eine Einnahme. Durch Errichtung eines neuen größeren Ofens werde diese Einnahme vermehrt.

Senator Dr. Vermehren bittet ebenfalls um rasche Erledigung der vorgesehenen Arbeit und Senator Dr. Fehling steht in dem Antrag Jennes auch keine Verzögerung.

Jenne: Die Baudeputation soll angewiesen werden, die Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen, nur der Betrag soll dem kommenden Budget einverleibt werden.

Dr. Ziehl unterstügt diesen Antrag.

Mantau hat gegen diese Auslegung nichts einzuwenden, im Interesse der Finanzen sollte der Senatsantrag angenommen werden. Der neue Ofen gestatte die Verbrennung auch bei Särgen größeren Umfangs.

G. Ehlers tritt für die Vorlage ein. Wir unterstützen sie und wünschen deren baldige Erledigung auch aus dem Grunde, weil im Winter die Arbeitslosigkeit größer ist und dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Ich richte ferner die Anfrage an den Senat, ob es richtig ist, daß beim Umbau des St.-Annen-Klosters die Maurer und Zimmerer deshalb die Arbeit einstellen mußten, weil die Pläne nicht fertig waren. Wegen solchen Umständen darf die Arbeitsgelegenheit nicht beschnitten werden. Der Staat soll als Muster gelten und auch im Winter dort Arbeitsgelegenheit schaffen, wo dies möglich ist. Beim Krankenhausneubau scheint es ähnlich zu liegen. Ich ersuche um Auskunft, ob die Baudeputation in der Lage ist, dem abzuheifen.

Senator Dr. Stooss: Ich hätte hierauf geantwortet, wenn mir vorher darüber Mitteilung gemacht worden wäre. Grunau und Aug. Wape treten für die Vorlage ein. Wenn das Allgemeininteresse die Ausführung erfordere, müßte der neue Verbrennungsofen sofort in Angriff genommen und das Geld beschafft werden.

Pastor Evers wünscht die Annahme des Antrages und erklärt sich für beide Formen. Die Einführung der Verbrennung sei für Lübecks Finanzen nicht so glänzend. Die Friedhofsbehörde habe dadurch einen von Jahr zu Jahr steigenden Fehlbetrag. Vorderrand seien die Kosten für die Verbrennung noch zu hoch, wenn sie niedriger gesetzt würden, werde der Fehlbetrag für die Friedhofsbehörde noch größer.

Jenne ändert seinen Antrag ab; er wird hierauf angenommen.

3. Antrag: Erlass von Nachträgen zum Ausführungsgesetz zur Grundbuchordnung vom 18. Dezember 1899 und zur Verordnung vom 27. Mai 1872, die Verkaufsabgabe betz.

Hent (Wiltwisch) wünscht keine Einmischung des Ratstamens in Fällen, wo die Verkäufe bereits fertig sind, wie es geschehen ist.

Der Antrag wird angenommen.

4. Antrag: Ausgleichung der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1911.

Tenne ist nicht in der Lage, dem Antrag zuzustimmen. Der Nebelstand in unseren Wasserverhältnissen in der Trave sei seit Jahren vorhanden. Einen Teil des Betrags könne ins kommende Budget eingestellt werden. Vor zwei Jahren, bei der großen Hitze, wäre der Antrag vielleicht dringlich gewesen, heute nicht. Der Baudeputation wurden für Abgaberungen erhebliche Summen bewilligt. Sie komme regelmäßig mit der üblichen Formel, dies und jenes sei notwendig, es müsse bewilligt werden. Mit den vorgesehenen Beträgen für die Arbeiten innerhalb eines Jahres müsse man auskommen.

Senator Dr. Stoofs: Wenn die Baudeputation für nötige Arbeiten im Budget keine Mittel findet, bleibt ihr keine andere Wahl, als an die Bürgerschaft heranzutreten. Wir die Vorlage nicht bewilligt, müssen die notwendigen Arbeiten auf den kommenden Winter verschoben werden. Eine Verzögerung ist bei den schlechten Wasserverhältnissen der Trave nicht angebracht.

Bendfeldt tritt für die Vorlage ein. Die Schiffahrt habe großen Schaden erlitten, manche Schiffe erforderten dadurch Nacharbeit. Empfehlenswert wäre eine gründliche Auspflüfung der Stiele.

Buchwald: Was hier von der Trave geredet wird, ist auch im Kanal vorhanden, dorthin sollte die Aufmerksamkeit ebenfalls gelenkt werden.

Kröger: Die Gerüche sind so unangenehm, daß eine Änderung dringend notwendig ist. In erster Linie leiden die Schiffsbesatzung und die Hafenarbeiter unter diesen üblen Gerüchen. Den Antrag muß man annehmen.

Wormann weiß auf den Sielauslauf an der Holstenbrücke hin, der auf den Fischverkauf ungünstig einwirkt. Wenn der Abfall nicht flott vonstatten geht, würden die Fische freieren. Die Verkäufer müßten gegebenenfalls davon absehen, lebende Bunt dort weiter zu verkaufen.

5. Antrag: Beseitigung der Sielablagungen in den Häfen beider Stadt. Wird angenommen.

6. Antrag: Abänderung des Bebauungsplans für die Vorstadt St. Lorenz-Süd.

Aug. Pape fragt, ob es nicht richtiger wäre, den Löffelweg bei der vorgesehenen Bebauung etwas zu verschieben. Beim jetzigen Plan kämen die gleichen Kalamitäten vor wie bei der Koppelstraße. Es ließe sich sicher etwas Besseres schaffen.

Senator Dr. Stoofs glaubt, eine Verbesserung werde sich erzielen lassen.

Keuner wünscht den Stadtplan genauer ausgeführt. Der Antrag wird angenommen.

7. Antrag: Verkauf eines Arealis auf dem Priwall an den Bootsbauer Hans Böhs in Travemünde.

Zwan Meyer: Die Vorlage liegt in unserm Sinne, doch ohne weiteres kann ich ihr nicht zustimmen. Einem Herrn soll Land zu einem Preise überlassen werden, der kaum den Pachtzins ausmacht. In 20 Jahren soll der Kaufpreis erst bezahlt werden. Dann kann der Käufer hergehen, das Grundstück teuer verkaufen und einen hohen Gewinn einfahren. Ins Grundbuch soll deshalb eingetragen werden, daß das Grundstück nur für Werftzwecke verwendet werden darf.

Senator Dr. Fehling: Der vereinbarte Kaufpreis entspricht der heutigen Lage. Wenn die Bürgerschaft den Antrag annimmt, entspricht sie nur dem früheren Beschluß von Senat und Bürgerschaft. Dem Anlieger Schlichting wurden i. Zt. dieselben Bedingungen gestellt.

Kröger tritt für die Vorlage ein.

Böhs erklärt, wenn die geforderten Bedingungen angenommen würden, unterbleibt die Errichtung der Werft. Dr. Wittern will nicht nur schöne Worte für die Industrie, sondern Taten. Die Vorlage soll bewilligt werden.

Bruns wünscht, daß die vorgesehenen Pläne allen Bürgerchaftsmitgliedern zugestellt werden. In der Vorlage sei auf einen Plan Nöbbers bezug genommen, der ihm nicht zugestellt worden sei.

Der Wortführer sagt Prüfung des Wunsches zu.

Der Antrag wird angenommen.

8. Antrag: Wahl eines Platzes für den Bau eines Schulgebäudes für die höhere Mädchenschule von St. Lorenz-Süd.

Professor Grube erucht um Kommissionsberatung. Die geringe Größe des Platzes erzeuge Bedenken. Eine genaue Abmessung behänge seine Berücksichtigung. Der Hofraum könne nur 1250 Quadratmeter groß werden. Das sei zu klein, denn der Kopf eines Schülers lehe man 3 Quadratmeter vor, in Frankfurt sogar 3 Quadratmeter. Um nur 3 Quadratmeter pro Kopf zu schaffen, brauche man 4500 Quadratmeter. Beim Falkenplatz muß auch die Abortanlage auf dem Hof verlegt werden, die nachmals 200 Quadratmeter in Anspruch nimmt. Zwar sei vorgeesehen, diese in das Schulhaus zu verlegen, dem aber in jeder Beziehung widersprochen werden müsse. Bei dem Schulhausbau würden auch Eingangsflügel ringsum erbaut werden, die Luft und Licht dem Hofe entzögen.

Wortführer Dr. Götz weiß auf die festlichen Ausführungen des Baurats Mühlentropf an Ort und Stelle hin.

Senator Kulenkamp erklärt, daß die Oberaufsicht über die Baudeputation sowie das Finanzdepartement übereinstimmend sich für den Falkenplatz entschieden hätten. Der Schulhof werde 1700 Quadratmeter groß. Die Normalvorrichtung von 3 Quadratmeter besitze wohl in Preußen, aber nachweisen, daß sie und besonders in großen Städten eingehalten werde, könne man nicht. Der Falkenplatz liege auf freier Lage, Spielplätze können nicht in Betracht, höchstens der Aufenhalt während der Pausen, und da genügt die 21 Quadratmeter für eine Schülerin vollkommen. Eine Kommissionsberatung sei bei dieser knappen Zeit nicht angängig.

Lippert wünscht einen passenden Platz, der es auch ermöglicht, später die Schule auf den Siel zu verlegen. Einmal sei der Platz nicht, oder das Gebäude sei so in diesen hineingestellt, daß es eher nur auf dem Papier passe. Kommissionsberatung solle beschlossen werden, um so mehr, als ja noch ein Provisorium geschaffen werden müsse. Der Hof sei nicht nur zum Timen da, die Kinder müßten sich bewegen können.

Senator Kulenkamp verteidigt den Falkenplatz und die Schätzung der städtischen Architekten. Gegen Abortanlagen im Keller könne man bei richtiger Ausführung keine Bedenken haben, und selbst wenn sie im Hofe errichtet würden, braucht man den Hof Professor Grube angegebenen Raum nicht. Eine Erweiterung des Hofes könne eventuell geschehen werden, wenn man den Vorgarten wegnähme und das Haus direkt an die Straße lege. Eine Kommission könne die Angabe nicht besser lösen.

Dr. Eisenburg: Die Gegner des Platzes haben zu erst die Stauanlage beantragt, dann die Schließung der

Anwohner und schließlich die Beseitigung des Spielplatzes. Aber vergessen haben sie anzuführen, daß der Platz für 77 % der Schüler, die bei St. Lorenz die Schule besuchen, zentral liegt. St. Lorenz schickt nur 14 % der Schülerinnen. Der Vorgarten könne getrost verschwinden und so könne der Schulhof um 300 Quadratmeter erweitert werden. In Lübeck ist kein Gebäude, das einen derartigen Raum besitzt. Gegen die Abortanlage im Keller haben weder Ärzte noch Lehrer etwas einzuwenden, wenn die Lüftung ausreichend ist. Der Platz unterhalb der Feuerwache kommt wohl in Betracht, aber den kann die Behörde nicht missen. Wird ein solcher in Privatbesitz gekauft, geben wir unser Geld unnütz aus.

Aug. Pape kann nicht verstehen, daß die Ärzte jetzt für die Vernichtung des freien Platzes eintreten, während sie sonst für deren Errichtung sind. Ein besserer Platz für die Schülerinnen aus allen Gegenden könnte wohl noch gefunden werden. Redner lehnt den Falkenplatz ab und stimmt für Kommissionsberatung.

Dr. Gilbert glaubt nicht, daß die Hofplatzfrage einen Ablehnungsgrund bilde. Für eine Mädchenschule sei die gleiche Hofplatzfrage nicht so notwendig wie für Knaben. Bei der Freieichschule könne man noch die nahegelegene Falkenwiese in Betracht. In Ermangelung eines anderen und besseren Platzes sollte man dem Antrag zustimmen.

Professor Dr. Grube vertritt wiederholt seinen Antrag und weist die gemachten Einwendungen zurück. Bei der großen Differenz der einzelnen Ergebnisse sei eine kommissarische Prüfung notwendig.

Buchwald macht dem Verein Hürtortor-Markt für die rührige Agitation gegen diesen Platz sein Kompliment; aber dadurch sollte sich die Bürgerschaft in ihrer Objektivität nicht stören lassen. Der Platz sei gut.

Dr. Fiehl ist der Meinung, daß durch die Ablehnung des Falkenplatzes dem Verein Hürtortor-Markt ein richtiger Schabernack gespielt werden könnte. Man sollte nicht immer auf Gutachten gehen, die Ansichten wechselten oft. Wir hätten z. B. in den Schulen die teuren Lüftungsanlagen geschaffen und jetzt erkläre man uns von sachverständiger Seite, daß sie alle verfehlt angelegt seien.

Thiele ist gegen den Senatsantrag und ersucht um Annahme des Antrags Grube. Es würden sich noch praktischere Plätze finden.

Lippert wendet sich gegen Buchwald. Wenn stets nur die Senatsanträge angenommen werden sollten, könne man getrost nach Hause gehen. Herr Buchwald habe sich sehr oft gegen Senatsanträge gewandt. Redner geht auf die schon früher angeführten Bedenken ein, bei denen die große Stauanlage an erste Stelle rücke.

Senator Kulenkamp erklärt, die Baudeputation habe sich mit der Staufrage überhaupt nicht beschäftigt; eine gewisse Staubentwässerung komme wohl vor, aber nicht in dem angeführten Maße.

Aug. Pape: Die Debatte hat ergeben, daß die Anhänger der Senatsvorlage nur für den Falkenplatz sind, weil er kein Geld kostet. Die Falkenwiese ist als Spielplatz ungeeignet, die Kinder ziehen sich dort leicht Erkältungen zu.

Buchwald weist die schmetternden Worte von Lippert zurück, das schwere Geschütz sei unnötig gewesen. Die technische Frage könne die Oberaufsichtbehörde am besten lösen.

Dr. Grube: Die Staufrage wurde aufgeworfen, ehe der Platz für das Schulhaus in Frage kam. Die in Aussicht genommenen Abortanlagen können jetzt wohl maßgebend sein, in zehn Jahren sind sie vielleicht veraltet. Der Schulhygiene entsprechen sie nicht.

Senator Kulenkamp verliest einen Zeitungsbericht über eine Verammlung des Vereins Hürtortor-Markt, durch den dargelegt werden soll, daß zwischen der Haltung dieses Vereins und der des Prof. Grube ein Zusammenhang bestehe. Der Antrag Grubes auf Kommissionsberatung wird angenommen.

Die Verhandlungen werden auf Dienstag abend 6 Uhr vertagt.

Schluß 10 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Kampfvorbereitungen der Bauunternehmer. Die Unternehmer im Baugewerbe treffen für den eventuell bevorstehenden Kampf im nächsten Frühjahr weitere Vorbereitungen. Nicht nur ihr Werktag soll auf alle mögliche Weise und mit Hilfe der Lieferanten gestärkt werden, sondern ihr Bestreben geht besonders darauf hin, die Lieferung von Materialien zu unterbinden. Auf den Geheimversammlungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe wurde wiederholt Klage geführt, daß der Bund im Jahre 1910 wohl 180 000 Arbeiter ausgeperrt habe, daß aber trotzdem ein großer Teil der Arbeiter ruhig weiter arbeiten konnte. Das war nur dadurch möglich — so meinte der königliche Baurat Enke aus Leipzig — daß die Materialzufuhr ungehindert weiter ging. Es müsse eine Politik des Bundes werden, die Materialzufuhr abzuschneiden. Die Baumaterialienhändler müßten den Bauunternehmern im Kampfe helfen. Die Unternehmerorganisation im Baugewerbe hat sich deshalb zunächst an die Zementfabrikanten gewandt. Diesen Zementfabrikanten ist der Vorschlag gemacht worden, „einen verständigen Preis zu vereinbaren, den die Bauunternehmer alle zahlen, aber abwälzen können auf die Arbeiter und die Kundenschaft.“ Weiter fordern die Bauunternehmer die Streik- und Sperrklausel, daß heißt, die Zementfabriken müssen sich verpflichten, in die Gebiete, die der Unternehmerverband im Baugewerbe bezeichnet, im Falle eines Streiks oder einer Ausperrung keinen Zement mehr zu liefern. Der Wirtschaftliche Ausschuss der Vereinigten Portland-Zementfabriken ist diesem Ansuchen der Bauunternehmer nachgekommen, indem er seinen Mitgliedern empfiehlt, in den Verkaufsbedingungen einen Passus aufzunehmen, wonach während der Dauer eines Streiks oder einer Ausperrung alle Lieferungsverpflichtungen und ebenso die Abnahmeverpflichtungen der Abnehmer ohne Anspruch auf Schadenersatz ruhen, und daß während des Ruheens der Abnahmeverpflichtungen für die bezeichneten Gebiete und Baustellen kein anderer Zement gekauft, bezogen oder verarbeitet werden dürfe. Eine gleiche Vereinbarung ist mit dem Verband der Vereinigten Baumaterialienhändler getroffen worden.

Vom Streik in Hamm i. W. Acht Wochen dauert nun schon der Streik und noch ist kein Ende abzusehen. Die Unternehmer geben sich die größte Mühe, um Streikbrecher heranzuziehen. Glück haben sie damit bisher wenig gehabt. Nur in den letzten Tagen haben sich einige Arbeitswillige eingestellt, deren Zugang hauptsächlich veranlaßt wurde durch die unmaßvollen Behauptungen der Unternehmer, der Streik sei beendet. Die Behörden unterstützen auch hier, wie gewöhnlich, die Unternehmer in jeder Beziehung. Die Streikbrecher werden unter polizeilichem Schutz von und zur Arbeit gebracht, jedoch jeder Versuch, sie über den Stand der Dinge zu unterrichten, unmöglich gemacht wird. Auch andere Behörden kommen dem Unternehmer Kuhn in jeder Weise entgegen. So hat der Gewerkschaftsleiter dem Unternehmer für Zug- und Beitrag die Genehmigung zur Arbeit erteilt, weil die Stilllegungsarbeiten. Die Polizei hatte die Genehmigung verweigert. Der Rektor der Fortbildungsschule hat die beiden Lehrlinge desselben Herrn sechs Wochen lang vom Schulbesuch suspendiert, damit sie die Arbeit der streikenden Stuf-

katente verrichten können. Auch mit der Ueberstunden- und mit der Nacharbeit der Lehrlinge wird es jetzt nicht so genau genommen. Im Streikgebiet sind augenblicklich 108 Bauten zum Nutzen fertig. Die Situation ist also für die Streikenden sehr günstig. Die Unternehmer und mit ihnen der Unternehmerverband werden wohl oder übel bald Frieden schließen müssen, wenn nur der Zugang strengstens ferngehalten wird und sich kein Stukkateur durch die unwahren Behauptungen der Unternehmer verleiten läßt, nach Hamm zu gehen.

Die Aktion der Scharfmacher. Am 14. Dezember werden die vereinigten Scharfmacherverbände des Reiches in Berlin eine Konferenz abhalten, in der der Arbeitswilligenschutz das Hauptthema bildet. Der hier erstattete Geschäftsbericht wird sich namentlich auf die großen Arbeiterbewegungen beziehen, und Justizrat Dr. Zula-Mainz referiert über das Thema „Streikposten und bürgerliches Gesetzbuch“. Diese Tagung wird der Luftstakt sein zu den Aktionen, die man hinsichtlich der Lohnbewegungen im Baugewerbe für das nächste Frühjahr in Aussicht genommen hat. Die Vorbereitungen scheinen soweit beendet zu sein, daß sie eine Übersicht gestatten. Der Schleiter, der noch über dem Material liegt, wird bereits von den Scharfmacherorganen ein wenig gelüftet. So wird der freikonserватiven „Post“ von industrieller Seite geschrieben: „Auf die Umfrage des deutschen Handelstages darüber, ob besondere gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen notwendig seien, haben sich einige 60 Handelskammern geäußert. Nur wenige von diesen empfinden keine Veranlassung, über einen Mangel des gesetzlichen Schutzes der Arbeitswilligen zu klagen. Es sind dies fast ausnahmslos kleinere, entlegener und wenig industrielle Kammern. Die übrigen dagegen sind übereinstimmend der Meinung, daß ein stärkerer Schutz der Arbeitswilligen nötig sei. Ein Drittel von ihnen glaubt zwar, daß man mit den bestehenden gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeitswilligen auskommen könne, wenn diese Bestimmungen mit genügender Entschiedenheit gehandhabt würden. Die übrigen zwei Drittel aber sind der Überzeugung, daß weitergehende strafrechtliche Bestimmungen durchaus geboten seien und sprechen sich namentlich, gleich vielen freien wirtschaftlichen Körperschaften, meistens für ein Verbot des Streikpostenstehens aus. Diese Tatsache ist besonders dem Hansabund gegenüber zu erwähnen und dessen Freunden zur Beachtung zu empfehlen; denn der Hansabund ... hält neue Gesetzesbestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen nicht für notwendig.“ In weiterem polemisiert die „Post“ gegen den Hansabund und gegen die nationalliberalen Abgeordneten im Reichstage, die bis auf sechs nichts von gesetzlichen Schutzmaßnahmen für die Arbeitswilligen wissen wollten. Die Scharfmacher werden nun wieder starke Geschütze aufahren zum angeleglichen Schutze der Arbeitswilligen; in Wirklichkeit aber zur Schließung der Arbeiterbewegung und zum Schutze des Geldsacks. Sie werden jedoch die Arbeiterorganisationen gerüstet finden, und nichts könnte die Indifferenzen mehr aufrütteln, als ein Arbeitswilligenschutzgesetz.

Vom Streik im Fürther Metallschlägergewerbe. Von den streikenden Meistern und Gehilfen der Fürther Metallschläger hat der größte Teil die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die meisten Fabrikanten des Rohmaterials und die Exporteure den erhöhten Preis für das Rohprodukt wieder reduziert oder höheren Lohn für das fertige Schlaumetall bezahlet. Im Abnehmer, die sich dazu noch nicht verstanden, wird nicht geliefert.

Aus Nah und Fern.

Schweres Autounglück. Gestern nachmittag ereignete sich auf der Straße Stieg-Breitenstein, wie die „Braunschweiger Landeszeitung“ erfährt, ein schweres Autounglück. Vor dem Abrechtshause geriet das Automobil des Tierarztes Schmidt-Hasselbe auf der dichtbesetzten Landstraße ins Rutschen und kippte um. Der Chauffeur war sofort tot, während Schmidt sowie ein anderer Insasse schwer verletzt wurden. Diese lagen zwei Stunden lang auf der Landstraße, ehe sie gefunden und ins Abrechtshaus in Braunschweig gebracht wurden, wo sie noch bewußtlos darniederliegen.

Polizeiliche Bevormundung der Arbeitervereine. Die Verjuche, jeden Arbeiterverein, der nicht das mindeste mit Politik zu tun hat, zu einem politischen und damit auf Grund des Reichsvereinsgesetzes anmeldepflichtigen Verein zu machen, mehren sich in derart häufiger Weise, daß die Annahme nicht mehr von der Hand zu weisen ist, es handele sich hier um ein systematisches von oben herab befohlenes Vorgehen der Polizeibehörde. Besonders aus dem Regierungsbezirk Magdeburg liegen fast täglich derartige Meldungen vor. So ist heute zu berichten, daß in Genthin der Bürgermeister Neumann in seiner Eigenschaft als Polizeigewaltiger gleich an sämtliche wirklichen und vermeintlichen Vorstände der Vereine, die im dortigen Parteilokal tagen, darunter auch einen sogenannten „Jugendverein“, die gleichlautende Aufforderung gerichtet hat, Satzungen und Vorstandsmitgliederverzeichnisse der Polizeibehörde einzureichen. Daß die Vereine eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken, ist, so meint der Bürgermeister, „erwiesen durch den Umstand, daß als Vorstandsmitglieder des Vereins Mitglieder und zielbewusste Anhänger der sozialdemokratischen Partei gewählt sind, und durch die Tatsache, daß der Verein ausschließlich in dem sozialdemokratischen Vereinslokal „Lindenhof“ seine Versammlungen abhält, woraus sich der innere Zusammenhang beider Organisationen ergibt.“ — In Neu-Schleuse erhielten die Vorstände des Arbeiterturnvereins und des Arbeitergefangenenvereins ebenfalls die bekannten Aufforderungen. Als sie diese unbeachtet ließen, bekamen sie jeder ein Strafmandat über 30 Mk. In dem Falle des Turnvereins hat das Schöffengericht in Jerichow bereits das Strafmandat als gerechtfertigt anerkannt und den Turnverein für politisch erklärt. Nur wurde die Strafe auf 15 Mk. herabgesetzt.

Splendid. Der Eisenbahnminister hat dem im Ruhrgebiet tätigen Eisenbahnpersonal, das seit Wochen in der angefeindeten Weise zu arbeiten hat, Entschuldigungen in Höhe von 25—60 Mk. angewiesen. — Großzügig, wie immer, hat sich der Chef der Eisenbahnverwaltung, Herr v. Weitzenbach, auch hier erweisen. Die von einer solchen Entschädigung betroffenen Eisenbahner werden alles andere als ein Gefühl der Befriedigung haben.

Eine folgenschwere Benzinexplosion ereignete sich in der Fabrik für Beleuchtungsgegenstände von Frister in Ober-Schönweide bei Berlin. Ein Arbeiter fand den Tod, zwei wurden lebensgefährlich verletzt.

Gejunkener Dampfer. Nach einer Monats-Meldung aus Halifax, Neu-Schottland, ist der britische Dampfer „Sibal“ dort mit 31 Mann von der Mannschaft des der American-Leban-Line gehörigen Dampfers „River Meander“ angekommen, der auf der Fahrt nach Smarna 300 Meilen von Halifax gesunken ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.